

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Walter Euchner
Zum Demokratieverständnis
der Neuen Linken

Klaus-Peter Schulz
Unsere Demokratie ist
reform- und leistungsfähig
Eine Erwiderung auf den Beitrag
von Walter Euchner

B 32/69

9. August 1969

Walter Euchner, geb. 31. Oktober 1933 in Stuttgart, Studium der Rechtswissenschaften (erste jur. Staatsprüfung), Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft, 1967 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit über „Naturrecht und Politik bei John Locke“ (Frankfurt/M 1969), arbeitet als Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Frankfurt/M.

Klaus-Peter Schulz, Dr. med., MdB, Publizist, geb. 2. April 1915 in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a.: Sorge um die deutsche Linke, 1954; Luther und Marx, 1956; Opposition als politisches Schicksal?, 1958; Proletarier — Klassenkämpfer — Staatsbürger. 100 Jahre deutsche Arbeiterbewegung, 1963.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zum Demokratieverständnis der Neuen Linken

Demokratiediskussion heute:

Die realistische Überwindung „vulgärdemokratischer“ Auffassungen

In der deutschen Politikwissenschaft verdichtet sich der Ideologieverdacht gegen den Begriff der Demokratie im Sinne von Volksherrschaft zusehends. Denn Wesensbestimmungen und Umschreibungen, welche die Demokratie als Volksherrschaft ausweisen sollen, treffen, so meinen viele, die Realität offensichtlich nicht. So täusche die Formel von der Identität von Regierenden und Regierten, die das Herrschaftsproblem erklären soll, über die fortdauernde und, wie es heißt, allen Gesellschaftsordnungen notwendig eigene Herrschaft hinweg: Herrschaft sei ein ewiges Phänomen. Die Rede vom Volkswillen, dem die Regierenden unterstehen, verschleierte, daß ein sachhaltiger und eindeutiger Volkswille nicht gefunden werden könne; Plebiszite brächten häufig nur von Propaganda und irrationalen Emotionen entstellte Willensäußerungen zutage und seien deshalb politisch gefährlich. Die Vorstellung, daß Demokratie erst dann verwirklicht sei, wenn sie die Selbstbestimmung des Bürgers oder, anders ausgedrückt, Emanzipation von Fremdbestimmung zum Inhalt habe, gilt dem neuen demokratiethoretischen Realismus als utopisch. Keine politische Ordnung könne ohne Fremdbestimmung gedacht werden; Selbstbestimmung und Emanzipation seien utopische und geschichtsmystische Formeln, die „nicht Grundlage einer klaren hic et nunc gestaltbaren Ordnung sein“ könnten¹⁾.

Das traditionelle, auf Rousseau, linke Theoretiker der französischen Revolution und den deutschen Idealismus zurückgehende Demokratieverständnis, wonach sich das Volk durch

Vermittlung des von ihm gewählten Parlaments und seiner von diesem abhängigen Regierung selbst regiert, enthält somit utopische und ideologische Elemente und kann mit Ernst Fraenkel als „vulgärdemokratisch“ bezeichnet werden²⁾. Die angelsächsische Demokratieauffassung, die aus einem schon immer mit ständischen und bürgerlichen Interessengruppen verknüpften Parlamentarismus erwachsen sei, entspreche der heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeit besser: Diese rechne nicht mit einem den Abgeordneten vorgegebenen Volkswillen, der das Allgemeinwohl beinhalte, sondern gehe von einem Verhältnis des Vertrauens zwischen dem Repräsentanten und dem repräsentierten Bürger aus — das Parlament und die Regierung formulieren unabhängig und autonom den politischen Willen der Nation, wobei sie allerdings Gefahr laufen, das Vertrauen des Wählers zu verlieren. Demokratie bedeutet demnach nicht, daß der sub-

Klaus-Peter Schulz:

Unsere Demokratie ist leistungs- und reformfähig. Eine Erwiderung auf Walter Euchners Beitrag S. 18

stantielle, politisch sachhaltige Wille des Bürgers sich in den politischen Handlungen der Regierenden niederschlägt, sondern daß Personen seines Vertrauens die Chance haben, die politischen Machtstellungen im Staate einzunehmen und ihre Politik durchzusetzen.

¹⁾ Manfred Hättich, *Demokratie als Herrschaftsordnung*, Köln und Opladen 1967 (= *Ordo Politicus*, Band 7), S. 64.

²⁾ Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1964, S. 59 ff.

Argumente von links zur Lage der parlamentarischen Demokratie

Zu den charakteristischen Merkmalen einer linken politischen Position muß man das Festhalten am klassischen Demokratieverständnis zählen. Die Vorstellung, daß Demokratie Selbstbestimmung und Emanzipation bedeute, wird als ernst zu nehmende Verheißung der frühbürgerlichen Philosophie begriffen. Zur Zeit der Durchsetzung der bürgerlichen Produktionsweise konnte die Illusion herrschen, daß damit jedem die Chance eröffnet sei, als Selbständiger in Produktion und Handel oder aber als gebildeter Staatsbeamter zum selbstverantwortlichen Vollbürger zu werden — daß mit der bürgerlichen Produktionsweise zugleich das Proletariat gesetzt war, blieb späterer Erkenntnis vorbehalten. Doch als das Proletariat immer massenhafter in Erscheinung trat, war das Bürgertum nicht bereit, seine politischen Privilegien auch den Lohnabhängigen zuzugestehen. Bekanntlich bedurfte es bis ins 20. Jahrhundert hinein erbitterter Kämpfe zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts.

Mag in früheren Phasen des Kapitalismus, so wird von links argumentiert, die Verteidigung der Privilegien des Bürgertums gegen die Forderungen des Proletariats einen gewissen Sinn gehabt haben, da durch Ausbeutung Kapital akkumuliert werden mußte, um die Produktionsmittel auf einen optimalen Stand zu bringen, so ist diese Situation angesichts der heutigen Produktivität nicht mehr gegeben. Die materiellen Voraussetzungen der Erfüllung der demokratischen Postulate, die vom frühen Bürgertum erhoben worden waren — prägnant zusammengefaßt in der Formel der französischen Revolution: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ —, sind vorhanden. Das demokratische Potential einer Gesellschaft sei daran abzulesen, meint Arnhelm Neusüss, inwieweit sie den Postulaten der Demokratie Raum gibt: „Eine politische Position darf demgemäß in dem Maße als demokratisch gelten, indem sie für die Verwirklichung dieser Postulate eintritt.“ Zu beseitigen sei die „Differenz“ zwischen den faktischen Lebensverhältnissen der

Mehrzahl der Menschen in einer Gesellschaft und den „Möglichkeiten, die der geschichtlich erreichte Stand gesellschaftlichen Reichtums und die Entwicklungshöhe der zu seiner Reproduktion und Vermehrung erforderlichen Technologien und Produktionskapazitäten jeweils im Sinne optimaler Befriedigung der menschlichen Lebensbedürfnisse bereitstellen.“ Dabei gehören zu diesen Bedürfnissen nicht nur die „Grundbedingung ausreichender und gesicherter materieller Versorgung, sondern gleichermaßen die Freiheit von gesellschaftlichen Zwängen und die Muße zu individuellem Verhalten. Die Differenz zwischen dem, was zur Befriedigung dieser Bedürfnisse historisch möglich wäre, und dem, was wirklich ist, zeigt das utopische Defizit einer Gesellschaft und damit zugleich ihre Distanz vom historisch erreichbaren Grad der Demokratieverwirklichung.“

Die parlamentarische Demokratie, so fährt Neusüss fort, sei der Versuch, „die Diskussion von Alternativen als die Bedingung der Verwirklichung von Demokratie institutionell zu sichern und zu rationalisieren. . . . Sofern sich parlamentarische Demokratie, ein historisch spätes politisches Phänomen, als Ausdruck der Anerkennung transitiver demokratischer Postulate legitimiert, deren Erörterung zur Erhöhung ihrer gesamtgesellschaftlichen Effektivität institutionell gewährleistet werden soll, ist sie vorläufig Resultat eines Demokratisierungsprozesses. Sie bleibt dies, solange sie ihren Sinn, diesen Prozeß weiterzutreiben, erfüllt und sich nicht, im Namen eines operationellen Begriffs von Demokratie (d. h. einer Auffassung, die Demokratie bloß als vorteilhafte Sozialtechnik begreift, W. E.), zu verewigen sucht.“³⁾

³⁾ Arnhelm Neusüss, Außerparlamentarische Opposition, in: Die rebellischen Studenten. Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus?, hrsg. v. H. J. Schöeps und Chr. Dannenmann, München und Eßlingen 1968, S. 47—67 (S. 48 f.).

Was den bestehenden Parlamentarismus der Bundesrepublik betrifft, so sind sich die linken Beobachter darin einig, daß es im Bundestag nicht länger möglich ist, Alternativen der Demokratisierung zu diskutieren und in Anweisungen an die Regierung umzusetzen. Die Geschichte der Bundesrepublik erscheint ihnen als eine der Zementierung der feststehenden Verhältnisse, wenn nicht als Geschichte der „Involution zu einem autoritären Staat rechtsstaatlichen Typus“ (Johannes Agnoli). Demokratische Alternativen, die diesen Namen verdienen, können nur diskutiert werden, wenn sie von einer Partei, welche die bestehende Demokratisierung weitertreiben möchte, in die Debatte geworfen werden. Die SPD unter Schumacher war noch eine solche Partei: Dieser hätte noch im Jahre 1952 ausgeführt, daß es in der Bundesrepublik darauf ankomme, „nicht einen Staat der Restaurierung früherer Verhältnisse, sondern ein neues Deutschland mit einem neuen politischen und sozialen Inhalt zu schaffen, in dem die Menschen über ihr eigenes Schicksal auf allen Gebieten auch tatsächlich mitzubestimmen haben“⁴⁾. Dieser Satz deutet auf die alte Formel „Demokratie durch Sozialismus“ hin. Sozialismus aber hieß nicht nur Selbstbestimmung, sondern vor allem auch krisenfreie Wirtschaft. Doch in der historisch gesehen verhältnismäßig kurzen Phase eines stabilen Kapitalismus in Deutschland zog die Führung der SPD den Schluß, daß der Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise mit Hilfe eines wirtschaftspolitischen Instrumentariums beizukommen sei. Damit hatte sich die SPD grundsätzlich an das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftssystem angepaßt. Die von der SPD angestrebten Reformen, welche die Chancen demokratischer Partizipation der unterprivilegierten Schichten vermehren sollen, etwa Erhöhung der Bildungsmöglichkeiten und Ausbau der Mitbestimmung, dürfen

⁴⁾ Vgl. dazu Johannes Agnoli, Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M. 1968. — Das Schumacher-Zitat findet sich in: Programme der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1963, S. 118 (Hervorhebung v. Verf.).

die bestehende Wirtschaftsstruktur nicht in Frage stellen.

Damit ist der Spielraum, der für die Entwicklung einer die Demokratisierung vorantreibende Alternative zur Verfügung steht, entscheidend limitiert. Die auf der Verwertung privaten Kapitals beruhende Wirtschaft funktioniert nur, wenn die Kapitaleigentümer Profitaussichten haben: Also ist die gesellschaftspolitische Aktivität in der Bundesrepublik, auch die des Bundestages, auf das Ziel der Erhaltung des Wirtschaftswachstums auf der Basis privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung hin zentriert. Vor diesem Ziel, das im Zeitalter des entwickelten Kapitalismus geradezu mit dem „Gemeinwohl“ zusammenfällt, werden andere gesellschaftspolitische Ziele zweit- oder drittrangig: Bildungspolitik, Verkehrspolitik, Gesundheitspolitik oder gar Natur- und Landschaftsschutz. Die vom ökonomischen Sachzwang der profitorientierten Wirtschaft erzwungene Konjunkturpflege droht ständig, die Mittel des disponiblen Sozialprodukts aufzuzehren — so besteht kaum Aussicht, daß die demokratischen Reformbestrebungen der Sozialdemokraten über die Manifestation guter Absichten in den Aktionsprogrammen hinaus gelangen können⁵⁾.

Von den Funktionsbedingungen des bestehenden gesellschaftlichen Systems scheint also ein — nicht nur von linken Beobachtern diagnostizierter — „Sachzwang“ auszugehen, der das politische Leben der Bundesrepublik wesentlich tangiert. Zunächst einmal mindert er die Rolle des Parlaments bei der Lösung gesellschaftspolitischer Fragen herab, da über die von den Sachzwängen erheischten Maßnahmen die Fachleute der Technokratie besser befinden können als Parlamentarier (was nicht ausschließt, daß einige Abgeordnete auch Fach-

⁵⁾ Vgl. dazu Knut Nevermann, Von der Rebellion zur revolutionären Opposition, in: Revolution gegen den Staat? Die außerparlamentarische Opposition, hrsg. v. Hans Dollinger, Bern, München, Wien 1968, S. 50—58. Vgl. dazu generell: Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, hrsg. v. Gert Schäfer und Carl Nedelmann, München 1967.

leute sind). Die von der ökonomischen Basis ausgehenden fundamentalen Erfordernisse beengen jedoch auch den Bewegungsspielraum innerhalb der Parteien und des Parlaments: Es ließ sich beobachten, wie die Anpassung der SPD an den gesellschaftlichen Status quo, die in der Umarmungstaktik vor der Bildung der Großen Koalition kulminierte, auf die parlamentarische Diskussion lähmend gewirkt hat — die Debatten wurden von den parlamentarischen Geschäftsführern sorgfältig inszeniert, die Redner unternahmen größte Anstrengungen, um nicht durch falschen Zungenschlag den Eindruck zu erwecken, sie stellten die Grundlagen der bestehenden Gesellschaft und der Gesellschaftspolitik der Regierungsparteien in Frage. Ohne kontroverse Diskussion der Tragweite alternativer gesellschaftspolitischer Konzeptionen im Hinblick auf fortschreitende Demokratisierung kann aber die parlamentarische Debatte keine demokratische Relevanz besitzen: Sie verkümmert, was die Innenpolitik betrifft, zur Abwägung unterschiedlicher technischer Lösungen sozialer Einzelfragen von ungefähr gleichen Kosten. Das Fehlen wirklich alternativer Konzeptionen in der parlamentarischen Debatte beeinträchtigt endlich auch das mit dem parlamentarischen Regierungssystem notwendig verknüpfte Prinzip der Öffentlichkeit. Kommen im Parlament nicht mehr die für den Prozeß fortschreitender Demokratisierung relevanten Fragen zur Sprache, die danach in den Massenmedien und nicht zuletzt im Wahlkampf weiter diskutiert werden, so bleibt dem Bürger der intellektuelle Stoff

zur rationalen politischen Willensbildung verwehrt⁶⁾.

Zweifellos hat die strikt systemimmanente Politik der drei großen Parteien ihre eigene realistische Logik. Diese beinhaltet, daß das durch Konjunkturpflege aufrechtzuerhaltende Wirtschaftswachstum alle Bereiche der Gesellschaft voranbringen wird: Es erscheint — heute wenigstens — nicht als notwendig, über die Probleme der Optimierung der gesellschaftlichen Reproduktion auf privatwirtschaftlicher Basis im Rahmen der politischen Technik des parlamentarischen Systems hinauszugehen und die Frage nach dem Fortschreiten der Demokratisierung zu stellen. Der Kritik von links liegt dagegen die alte, noch wenig bewährte marxistische These zugrunde, daß allein mehr oder weniger radikale Korrekturen an der kapitalistischen Wirtschaftsweise oder aber eine völlige Umwälzung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse demokratische Zustände, die diesen Namen verdienen, schaffen könnten. Alle diese linken Positionen haben die Vorstellung gemeinsam, daß nur eine vom Profitmotiv losgelöste Disposition über die gesellschaftlichen Ressourcen die materiellen Voraussetzungen für eine demokratische Partizipation und Selbstentfaltung der Bürger verwirklichen könne: Partizipation und maximale Selbstbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen, vom Betrieb über die Kommunen bis zur Verwaltung und Universität. Über den Weg zu dieser Demokratisierung herrschen jedoch unter der Linken weit auseinandergehende Auffassungen.

Demokratisierung der Bundesrepublik im vom Grundgesetz gezogenen Rahmen

Vertreter des rechten Flügels der heutigen Linken halten an der Strategie fest, die Diskussion gesellschaftspolitischer Alternativen wieder in die bestehenden Institutionen, in die Parteien und das Parlament, hineinzutragen. Wolfgang Abendroths Demokratiebegriff bezieht sich auf die heute vorhandenen Institutionen, wenn er ausführt: „Demokratie ist ih-

rem Wesen nach . . . darauf gerichtet, die *Identität von Regierenden und Regierten* herzu-

⁶⁾ Vgl. dazu grundsätzlich: Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied 1962 (= *Politica*, Band 4). — Zur Analyse des „Sachzwangs“ im „rechtsstaatlich verfaßten Sozialstaat“ jetzt am besten Ernst Forsthoff, *Verfassung und Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik*, in: *Merkur*, XXII (1968), S. 401—414.

stellen. Daher kann ein Staat nur dann (und nur in dem Maße) als demokratisch bezeichnet werden, wenn (bzw. in dem) er einen möglichst großen Teil seiner Bürger an der politischen Willensbildung beteiligt und dem Prinzip nach jedem Bürger die Chance bietet, sich in diese Willensbildung einzuschalten. Als *politisch* muß dabei jede Willensbildung gelten, die sich auf die *Tätigkeit der öffentlichen Gewalt* bezieht, sei sie nach innen, auf ihr Verhältnis zu den ihr Unterworfenen, sei sie nach außen, auf ihr Verhältnis zu anderen Staaten, gerichtet, oder die die *Verfassung der Gesellschaft* sei es verändern, sei es durch Machtmißbrauch stabilisieren will.“⁷⁾ Die Willensbildung habe zwei miteinander verflochtene Aspekte: den der Richtungsbestimmung und den der personellen Auswahl.

Diesem eindeutigen Bezug auf die verfassungskonformen Medien der Willensbildung entspricht Abendroths Vorstellung, daß der politische Kampf um eine sozialistische Ordnung an den gewerkschaftlichen Kampf um eine Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung anknüpfen könnte. Denn das Grundgesetz, obwohl es hinter die partiell sozialistischen Inhalte verschiedener Länderverfassungen der Zeit vor 1949 zurückgefallen ist, läßt als eine Verfassung des Kompromisses zwischen Bürgertum und sozialistischer Arbeiterschaft die Ausgestaltung der Bundesrepublik zu einem sozialistischen Gemeinwesen zu: „So bleibt daran festzuhalten, daß das Grundgesetz zwar das spätkapitalistische Wirtschaftssystem und seine sozialen Widersprüche und politischen Gefahren mit wenigen Veränderungen bestehen gelassen hat, aber die Chance garantiert, es mit gesetzlichen Mitteln und ohne Grundgesetzänderungen durch Entscheidung der Majorität der Legislative, die durch die Wähler er-

7) Wolfgang Abendroth, Das Problem der innerparteilichen und innerverbandlichen Demokratie, in: ders., Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied und Berlin 1967 (= Soziologische Texte, Band 47), S. 272—317 (S. 272).

zungen werden kann, in eine sozialistische Ordnung zu verwandeln.“⁸⁾

Auch Jürgen Habermas scheint noch an der Vorstellung festzuhalten, daß eine Gesellschaft, welche das alles politische Leben letztlich tangierende Motiv der Kapitalverwertung und der Profitmaximierung hinter sich gelassen hat und ihren Bürgern, indem sie sie von „notwendiger Arbeit wie von gelenktem Verbrauch“ weithin entlastet, die Chance der Emanzipation zur Mündigkeit offenläßt, im Rahmen der vom Grundgesetz vorgezeichneten Institutionen gestaltet werden kann. Eine entscheidende Bedingung der Demokratisierung ist für Habermas, daß der politische Prozeß in Parteien, Verbänden und staatlichen Institutionen dem Prinzip der Öffentlichkeit genügt. Denn nur so könnten Machtkonstellationen, gesellschaftliche Interessenlagen und politische Alternativen geklärt und durch Diskussion rational durchsichtig gemacht werden. Allein durch Herstellung von Öffentlichkeit könne der erste Schritt zur Demokratisierung der sozialstaatlich verfaßten Industriegesellschaft getan werden. An der Verwirklichung dieses Zieles lasse sich ablesen, „ob der Vollzug von Herrschaft und Gewalt als eine gleichsam negative Konstante der Geschichte beharrt“ oder ob diese als historische Kategorien — also nicht als ewige Kategorien der *conditio humana* — substantiellen Veränderungen in Richtung auf Freiheit und Selbstbestimmung zugänglich seien⁹⁾.

Eine diesem strategischen Ziel entsprechende politische Taktik hat das SHB-Mitglied Niels Kadritzke formuliert. Dieser möchte bei „prinzipiell evolutionärer Praxis“ das „revolutio-

8) Wolfgang Abendroth, Klassenauseinandersetzungen in der spätkapitalistischen Gesellschaft — die Rolle der Intelligenz, in: Revolution gegen den Staat? (vgl. oben Anm. 5), S. 14—24 (S. 21), sowie ders., Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen 1966, S. 68.

9) Vgl. Strukturwandel der Öffentlichkeit (vgl. oben Anm. 6), S. 270.

näre Ziel, die radikale Umstellung der gesellschaftlichen Basis auf sozialistische Prinzipien, nicht aufgeben". Dies bedeute, „daß wir die Mittel dieser Politik systemimmanent anzuset-

zen haben, d. h., daß wir untersuchen müssen, an welchen Punkten das bestehende System qualitativ verändert werden sollte, um nicht mehr das alte, sondern ein neues zu sein“¹⁰⁾.

Rätesystem und Selbsttätigkeit der Massen

Während bei den bisher dargestellten Positionen einigermaßen faßbare Konzeptionen hinsichtlich der institutionellen Seite der demokratischen und sozialistischen Transformation erkennbar sind, beginnen links davon, im „antiautoritären Lager“, die Vorstellungen über die institutionelle Ausgestaltung einer demokratischen, sozialistischen oder „freien“ Gesellschaftsordnung zu verfließen. (Bezeichnenderweise findet man in den Texten der Antiautoritären den Begriff der Demokratie nur selten. Er scheint zu sehr dem schlechten Bestehenden verhaftet zu sein; deshalb gibt man anarchistischen Wendungen wie „freie Gesellschaft“, die die Selbsttätigkeit der Massen ermöglicht, den Vorzug.) Präzision und inhaltliche Faßbarkeit des Ausdrucks ist häufig ungenauer Metaphorik gewichen. In den öffentlichen Diskussionen und den Massenmedien hat man dem antiautoritären Lager auch oft genug die Vagheit und mangelnde Konkretisierung ihrer institutionellen Vorstellungen hinsichtlich des Transformationsprozesses und der kommenden befreiten Gesellschaft vorgeworfen.

Man muß jedoch den antiautoritären Theoretikern zugestehen, daß die zukünftige Verfaßtheit der freien Gesellschaft durch Definitionen und Modellkonstruktionen nur unzulänglich erhellt werden kann. Versuche, definitiv zu bestimmen, was Selbstbestimmung oder Emanzipation bedeute, können über Tautologien kaum hinausführen; das Gefühl, daß sich Modellkonstruktionen im Transformationsprozeß nicht bewähren würden, dürfte durchaus realistisch sein. Alain Geismar, das Vorstandsmitglied einer französischen Hochschullehrergewerkschaft, hat vermutlich etwas Richtiges erkannt, wenn er meint, daß man

einen Begriff wie Sozialismus (das gleiche gilt für Begriffe wie Selbstbestimmung, Emanzipation usw.) nur negativ umschreiben könne, nämlich indem man die sozialen Sachverhalte benennt, die heute Sozialismus und Emanzipation verhindern: „Ich kann den Sozialismus nur negativ anhand der bestehenden Verhältnisse definieren, als Ablehnung jedes Bürokratismus, jedes zentralen Dirigismus, als die Übergabe der Macht an die Produzenten in den Produktionsstätten selbst. Sagen wir, er besteht im wesentlichen in Selbstverwaltung; obwohl auch das ein vager Begriff ist.“¹¹⁾ Bernd Rabehl vom SDS weist darauf hin, daß die Zukunft nicht entworfen werden könne, indem man nach der Art der Futurologie einfach die Kategorien der bestehenden Verhältnisse ins Zukünftige projiziert: „Und wenn hier ein sowjetischer Professor an einem SED-Abend sagt, daß der kommunistische Mensch ein sauberer Mensch sei, so ist in diesem Begriff der Sauberkeit die kapitalistische Wirklichkeit vollkommen reproduziert. Man kann sich den neuen Menschen nur in den Kategorien einer technisch kapitalistischen Gesellschaft vorstellen. Die Transformation wird nicht mehr mitgedacht.“¹²⁾

¹⁰⁾ Niels Kadritzke, Zur politischen Praxis linker Sozialdemokraten, in: Revolution gegen den Staat? (vgl. oben Anm. 5), S. 38—49 (S. 44 f.). Vgl. zum Gesamtproblem jetzt ferner Ulrich Lohmar, Die „Neue Linke“ und die Institutionen der Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 44/68 v. 2. Nov. 1968, sowie Manfred Hättich, Demokratie und Demokratismus, ebenda.

¹¹⁾ Alain Geismar, in: J. Sauvageot, A. Geismar, D. Cohn-Bendit, Aufstand in Paris, oder Ist in Frankreich eine Revolution möglich?, hrsg. v. Hervé Bourges, Reinbek b. Hamburg 1968 (= rororo aktuell, 1155), S. 46.

¹²⁾ Bernd Rabehl, in: Ein Gespräch über die Zukunft mit Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Christian Semler (mit Hans Magnus Enzensberger), in: Kursbuch 14 (1968), S. 146—174 (S. 162).

Die meisten der von den Wortführern des internationalen antiautoritären Lagers entwickelten Vorstellungen über die Ausgestaltung eines „Rätesystems“ oder einer „direkten Demokratie“, welche den Massen die „Selbstverwaltung“ ihrer eigenen Angelegenheiten gestattet, ob es sich um Rudi Dutschke, Jacques Sauvageot, Alain Geismar oder Daniel Cohn-Bendit handelt, gehen inhaltlich nicht über das von Marx beschriebene Modell der Pariser Commune von 1871 hinaus¹³). Da das antiautoritäre Lager die Ansätze zur gesellschaftlichen Umgestaltung, die sich dort gezeigt hatten, noch heute als vorbildlich ansieht, sollen sie hier mit den Worten von Karl Marx referiert werden: „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. ... Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller andern Verwaltungszweige ... Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, die nur dazu gedient hatte, ihre Unterwürfigkeit unter alle aufeinanderfolgenden Regierungen zu verdecken. ... Wie alle übrigen öffentlichen Diener, sollten sie fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein ... Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Auf-

¹³) Vgl. Sauvageot, Geismar, Cohn-Bendit (vgl. oben Anm. 11), passim; Rudi Dutschke, in: Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefèvre, Bernd Rabehl, Rebellion der Studenten, oder Die neue Opposition, Reinbek b. Hamburg 1968 (= rowohlt aktuell, 1143).

seher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.“¹⁴)

Eher noch stärker als Marx betonen die Theoretiker der Antiautoritären die Ablehnung des Prinzips der Repräsentation, da dieses die Unterscheidung von Herrschenden und Beherrschten in der von Repräsentierten und Repräsentierenden verewigt und dem Prinzip der Selbstbestimmung zuwiderlaufe: „Fest steht ... , daß das Prinzip der Delegation von Machtbefugnissen an einen Vorstand, an einen Abgeordneten, an einen Bezirksrat ein für alle Mal in Frage gestellt ist. Jeder gewählte Sprecher der Bewegung könnte während der ganzen Zeit ständig von der jeweiligen Vollversammlung abgewählt werden“ (Alain Geismar); „wir (zielen) ein System von direkter Demokratie an — und zwar von Rätedemokratie, die es den Menschen erlaubt, ihre zeitweiligen Vertreter direkt zu wählen und abzuwählen, wie sie es auf der Grundlage eines gegen jedwede Form von Herrschaft kritischen Bewußtseins für erforderlich halten. Dann würde sich die Herrschaft von Menschen über Menschen auf das kleinstmögliche Maß reduzieren“¹⁵) (Dutschke).

Am ausführlichsten scheint jedoch bisher das Demokratieverständnis des antiautoritären Lagers in der Diskussion zwischen Rudi Dutschke, Hans Magnus Enzensberger, Bernd Rabehl und Christian Semler zum Ausdruck zu kommen, in welcher diese sich — selbstverständlich im Bewußtsein der erkenntnistheoretischen und realpolitischen Fragwürdigkeit ihres Unternehmens — darum bemühen, ein Modell für die Umgestaltung West-Berlins in eine freie Gesellschaft zu entwerfen.

Der wichtigste erste Schritt einer solchen Umgestaltung wäre, daß die Arbeiter intellektuell

¹⁴) Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Studienausgabe in 4 Bänden, hrsg. v. Iring Fetscher, Band 4, Frankfurt/M. 1966 (= Fischer Bücherei, 767), S. 194—235 (S. 213 f.).

¹⁵) Alain Geismar (vgl. oben Anm. 11), S. 41; Rudi Dutschke, in: Wir fordern die Enteignung Axel Springers. Spiegel-Gespräch mit dem Berliner FU-Studenten Rudi Dutschke (SDS), in: Der Spiegel, 1967, Nr. 29, S. 29.

in die Lage versetzt werden, die Fabriken zu übernehmen. Der Betrieb soll zum Zentrum der politischen Selbstbestimmung und der über das eigene Leben werden: „Man wird also im Betrieb täglich debattieren, es wird langsam ein Kollektiv entstehen, ein Kollektiv ohne Anonymität.“ Früher sei der Betrieb ein Ort gewesen, wo das Leben totgeschlagen wurde. „Doch indem die Fabrik unter eigene Kontrolle genommen wird, kann sich in ihr Leben entfalten. Arbeit kann dann Selbsterzeugung des Individuums bedeuten statt Entfremdung.“

Die intellektuelle Formation der Arbeiter soll durch Errichtung von Räteschulen erreicht werden, in welchen tendenziell jeder Lernender und Lehrender zugleich ist. Betriebliche Vollversammlungen bestimmen den Lehrplan: „In einer solchen Schule würde der Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen Arbeiter und Intelligenzler“ verschwinden. Jeder würde die Fähigkeit erwerben, verschiedene Funktionen einschließlich der Betriebsleitung zu übernehmen. Der Jugend müßte ein polytechnischer Unterricht zuteil werden. Da die Abschaffung der überflüssig gewordenen Bürokratie kapitalsparend wirkt und eine Schicht intelligenter Produzenten herangebildet wird, besteht Aussicht, „intelligenzreiche Industriezweige“ zu entwickeln und so die Produktivität der Arbeit zu steigern; dies ermöglichte eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit. Die tendenzielle Aufhebung der Arbeitsteilung und die reduzierte Arbeitszeit ermöglichen außer der politischen Selbsttätigkeit auch noch die genauso wichtige Selbständigkeit auf dem Gebiet der Kultur und der Kunst.

Was die institutionelle Ausgestaltung der Kommune West-Berlin betrifft, so gliedert sich diese in viele einzelne Kollektive, die aus Wohn-, Arbeits- und Lerneinheiten gebildet sind und ungefähr 3000—4000 Mitglieder umfassen sollen. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen städtischen Kommunen soll so aussehen, daß ein „oberster Stadtrat“ geschaffen wird, „in den die Vertreter der einzelnen Kommunen, die einzelnen Räte, jeder-

zeit wählbar und abwählbar, ihre Vertreter hineinschicken. Sie werden den Wirtschaftsablauf kontrollieren, und zwar ohne disziplinierende Anweisungen zu geben. Sie werden dafür sorgen, daß Wirtschaftspläne und städtebauliche Projekte ausgearbeitet werden.“ Dies soll unter Zuhilfenahme modernster technischer Errungenschaften wie von Computern geschehen; im Unterschied zu den wissenschaftlichen Zentren bei Großbetrieben soll die Technologie von vornherein zum Moment des Herrschaftsabbauens werden, statt Herrschaft zu verfestigen. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Kollektiven oder Kommunen soll so organisiert werden, daß dadurch „radikale menschliche und produktive Autonomie“ mit Zentralismus und Planung verbunden wird. Als soziale Probleme, deren Lösung in Berlin besonders vordringlich sei, nennen die Diskussionsteilnehmer die Frage der Rentner und der in der Verwaltung tätigen alleinstehenden Frauen. Die Rentner dürften auf keinen Fall nach Erreichung des Pensionsalters auf die Straße gesetzt werden; sie seien vielmehr weiterhin Mitglieder des Betriebskollektivs. Es müßten ferner Wege gefunden werden, wie sich die Frauen von der doppelten Last der entfremdeten Arbeit und der ihre intellektuelle Entwicklung hemmenden Stellung in der Familie befreien könnten¹⁶⁾.

Eine andere Konzeption radikaldemokratischer oder sozialistischer Ausgestaltung der institutionellen Struktur eines Großflächenstaates, die kurz nach dem Ersten Weltkrieg von dem Austromarxisten Max Adler in die Debatte geworfen wurde, wird heute verhältnismäßig selten aufgegriffen (der österreichische Marxist Ernst Fischer hat dies kürzlich getan¹⁷⁾: Gemeint ist die Kombination des parlamentarischen Systems mit dem Rätssystem — neben

¹⁶⁾ Vgl. Ein Gespräch über die Zukunft... (s. oben Anm. 12).

¹⁷⁾ Vgl. Max Adler, Demokratie und Rätssystem, Wien 1919, sowie Ernst Fischer, Revolutionierung des Bewußtseins, in: Revolution gegen den Staat? (vgl. oben Anm. 5), S. 25—29 (S. 26).

dem Parlament und den mit dieser Institution verknüpften Willensbildungswegen sollen vielfältige, von den betroffenen Bürgern gewählte Mitbestimmungs- und Kontrollorgane

in allen Bereichen des öffentlichen Lebens stehen. Es ist denkbar, daß diese Konzeption auf dem rechten Flügel der Neuen Linken, etwa beim SHB, Freunde finden wird.

Die Vision der befriedeten Gesellschaft

Mit faszinierender spekulativer Kraft, deren Logik unweigerlich mit der eingeschliffenen common-sense-Denkweise in Konflikt gerät, entwickelt Herbert Marcuse sein Projekt einer befriedeten Gesellschaft, unbekümmert um die institutionelle Seite der zukünftigen Assoziation.

Marcuses Projekt einer befriedeten Gesellschaft liegt die marxistische These zugrunde, daß der heutige Stand der Produktivkräfte die materiellen Voraussetzungen einer von Not und Unterdrückung befreiten Menschheit gewährleisten könnte. Wenn die materiellen und intellektuellen Kräfte, die in der Lage wären, eine freie Gesellschaft zu realisieren, hierfür nicht eingesetzt werden, so liegt dies an der Verhinderung einer rationalen Verwendung der Produktivkräfte durch deren privatkapitalistische Organisation: „Daß sie nicht (für die Realisierung einer freien Gesellschaft, W. E.) eingesetzt werden, ist ausschließlich der totalen Mobilisierung der bestehenden Gesellschaft gegen ihre eigene Möglichkeit der Befreiung zuzuschreiben.“¹⁸⁾ Weil aber die materiellen Voraussetzungen der Transformation objektiv bestünden, wehrt sich Marcuse dagegen, daß die befreite, sozialistische Gesellschaft als „Utopie“ bezeichnet wird — man könne heute im Gegenteil von einem „Ende der Utopie“ sprechen.

Die freie Gesellschaft Marcuses entsteht durch Abbau jener repressiven Momente, die im antagonistischen, vom Konkurrenzprinzip beherrschten kapitalistischen Wirtschaftsprozess entstanden sind und sich in den staatssozialistischen Gesellschaften des Ostens weithin

erhalten haben. So wäre das von den Menschen verinnerlichte Leistungsprinzip abzubauen, das diese zur Konkurrenz gegen den Mitmenschen zwingt und sie im Lebenskampf nach Höchstleistungen streben läßt, ohne nach den Folgen für das vernünftige und gerechte Zusammenleben der Menschen zu fragen. Abzubauen ist ferner der Überschuß an Aggressivität, der in den antagonistischen, auf dem Konkurrenzprinzip basierenden Strukturen der Gesellschaft entsteht und sich in der Psyche der Individuen eingegraben hat. Heute könne man geradezu von „technologischer Aggression“ sprechen: Aggression durch Autos, Raketen, die modernen Massenvernichtungswaffen — eine Aggression, die auf Objekte gerichtet ist, aus diesem Grund frustrierend wirkt und deshalb zu Wiederholungszwängen führt: „Mehr Gewalt, erhöhte Geschwindigkeit, größere Reichweite.“ Um zu illustrieren, wie sehr Gewalt und Aggressivität die modernen Gesellschaften bereits durchzieht, zitiert Marcuse den amerikanischen Senator Russel: „Irgend etwas bewegt die Menschen, sorgloser Geld auszugeben, wenn sie Destruktion vorbereiten, als wenn sie für einen konstruktiven Zweck arbeiten. Warum das so ist, weiß ich nicht; aber während der dreißig Jahre, die ich dem Senat angehöre, habe ich beobachtet, daß beim Kauf von Waffen, die töten, zerstören, Städte auslöschten und Transportwege vernichten sollen, irgend etwas die Leute verleitet, mit dem Dollar nicht so genau zu rechnen, wie sie es tun, wenn sie sich mit dem Bau von angemessenen Wohnungen oder der gesundheitlichen Vorsorge für Menschen befassen.“¹⁹⁾

¹⁸⁾ Vgl. dieses Zitat und zum Folgenden: Herbert Marcuse, Aggressivität in der gegenwärtigen Industriegesellschaft, in: Neue Rundschau LXXVIII (1967), S. 7—21 (S. 17).

¹⁸⁾ Herbert Marcuse, Das Ende der Utopie, Berlin 1967, S. 14.

Arbeit im Banne dieses antagonistischen, Aggressionen produzierenden Systems wäre zu ersetzen durch nicht entfremdete gesellschaftliche Arbeit: „Die wirkliche Gefahr für das Bestehende ist nicht die Abschaffung der entfremdeten Arbeit als Arbeitslosigkeit, sondern vielmehr die Möglichkeit, ja Notwendigkeit nichtentfremdeter Arbeit als gesellschaftliche Arbeit (totaler Neubau der Städte; Wiederherstellung menschlicher, eigener Wohnstätten und Einrichtungen; Neugestaltung der Landschaft nach Beseitigung der kommerziellen Vergewaltigung der Natur und Aufbau eines auf die Befriedigung des Kampfes ums Dasein zielenden Fürsorge- und Erziehungswesens könnten die Menschen noch ein Jahrhundert lang beschäftigen. . . . Im Zuge solcher Veränderungen würden die dominierenden gesellschaftlichen Interessen auf der Strecke bleiben, mit anderen Worten, es würde zur Beschränkung des privaten Unternehmertums, zur Abschaffung der Marktwirtschaft und zum Abbau der Politik ständiger militärischer Bereitschaft und Intervention kommen; an deren Stelle würde die Zusammenarbeit zwischen Ost und West, zwischen den reichen und den armen Nationen treten.“ Am Ende des von der nicht

entfremdeten Arbeit gebahnten Weges läge das „befriedete Dasein“ — eine Assoziation freier Menschen, für die die Kategorien der bestehenden modernen Gesellschaften — Konkurrenz, Dynamik, Wirtschaftswachstum — nicht mehr gelten: Marcuses Schlüsselworte zur Beschreibung dieses Zustandes sind vielmehr Befriedung, Ruhe, Glück, Eros: „Einst konnte Landschaft natürlicher Raum des Eros sein: eine sinnliche Welt der Ruhe, des Glücks, des Schönen; Flucht und Schutz vor der Macht des Kapitals, des Tauscherts; Welt funktionslosen Werts — Erfüllung. Als Raum der Freiheit von der gesellschaftlichen Funktion, als Raum des gewünschten Alleinseins war Natur zugänglicher Bereich des Eros: Bereich des Sinnlich-Schönen, Nutzlosen im Widerspruch zum verwalteten Allgemeinen.“ Auf höherer Ebene, unter Zuhilfenahme von Technik und Industrialisierung, die nicht mehr vom Profitmotiv beherrscht werden, soll dieses stilisierte Bild der harmonischen Symbiose von Mensch und Natur verwirklicht werden; Marcuses Vision einer befriedeten Gesellschaft läßt sich als Paraphrase der Formel des jungen Marx von der Vermenschlichung der Natur und der Vernatürlichung des Menschen begreifen.

Die Frage der neuen Bedürfnisse und der Bewußtseinsbildung durch revolutionäre Praxis

So vage und metaphorisch, wie die Gestalt der künftigen freien Assoziationen beschrieben werden, sind auch die Vorstellungen der anti-autoritären Theoretiker hinsichtlich des Weges, der zur Transformation der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in die freie Gesellschaft führt. Das klassenbewußte Proletariat der alten marxistischen Theorie, das den Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus führt, existiert heute — sieht man von den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens ab — in den westlichen Industriestaaten nur noch in Ansätzen. Das Bewußtsein von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Transformation findet sich

heute vor allem in intellektuellen Randgruppen. Wie aber ist diese Basis von Menschen, die sich für die Umwälzung der bestehenden Gesellschaft einsetzen wollen, zu verbreitern? Der französische Sozialist André Gorz hat eine Strategie entwickelt, die darauf ausgeht, das Interesse der Arbeiterschaft an einer sozialistischen Gesellschaftsordnung durch den Kampf um Zwischenziele zu wecken: „Der Kampf um die Macht und für den Sozialismus sind abstrakte Begriffe, die allein nicht mehr mobilisierend wirken. Daher bedarf dieser Kampf der ‚Vermittlung‘ durch Zwischenziele, die Arbeitnehmer mobilisieren für den Kampf um Teilziele, die tiefen Bedürfnissen entspre-

chen und zugleich die kapitalistischen Strukturen in Frage stellen. Der Kampf um autonome Teilmacht und um *ihre Ausübung* soll den Massen *ermöglichen*, den Sozialismus als eine Realität zu erleben, die schon begonnen hat; eine Wirklichkeit, die auf freie Entfaltung drängt und den Kapitalismus von innen aushöhlt. Statt dichotomisch die Gegenwart der Zukunft gegenüberzustellen, wie das Böse dem Guten, die augenblickliche Ohnmacht der künftigen Macht, gilt es die Zukunft gegenwärtig und die Macht schon spürbar zu machen, Aktionen sollen den Arbeitnehmern ihre wirkliche Kraft zeigen, ihre Fähigkeit, sich mit der Macht des Kapitals zu messen und ihm ihren Willen aufzuzwingen.“²⁰⁾

Eine andere strategische Formel der Neuen Linken heißt „Weckung neuer Bedürfnisse“. Herbert Marcuse hat sie am eindringlichsten dargelegt: „Die neuen Bedürfnisse, die nun wirklich die bestimmte Negation der bestehenden Bedürfnisse sind, lassen sich vielleicht summieren als die Negation der das heutige Herrschaftssystem tragenden Bedürfnisse und der sie tragenden Werte: zum Beispiel die Negation des Bedürfnisses nach dem Existenzkampf . . . oder auch die Negation . . . des Leistungsprinzips, der Konkurrenz, Negation des heute ungeheuer starken Bedürfnisses nach Konformität, nicht aufzufallen, kein Außenseiter zu sein, Negation des Bedürfnisses nach einer verschwendenden, zerstörenden Produktivität, die mit Destruktion untrennbar verbunden ist, Negation des vitalen Bedürfnisses nach verlogener Triebunterdrückung. Diese Bedürfnisse werden negiert in dem Bedürfnis nach Frieden, das heute . . . auch kein Bedürfnis der Majorität ist, dem Bedürfnis nach Ruhe, dem Bedürfnis nach Alleinsein, der Sphäre der Privatheit, die, wie die Biologen uns sagen, ein notwendiges Bedürfnis des Organismus ist, dem Bedürfnis nach Ruhe, dem Bedürfnis nach Glück — alles dies nicht nur als individuelle Bedürfnisse verstanden, sondern als gesell-

schafftliche Produktivkraft, als gesellschaftliche Bedürfnisse, die in der Organisation und in der Direktion der Produktivkräfte bestimmend zur Wirkung gebracht werden. Diese neuen vitalen Bedürfnisse würden dann als gesellschaftliche Produktivkraft eine totale technische Umgestaltung der Lebenswelt möglich machen, und ich glaube, daß erst in einer so umgestalteten Lebenswelt neue menschliche Verhältnisse, neue Beziehungen zwischen den Menschen möglich werden.“²¹⁾ Ähnlich äußert sich Rudi Dutschke, der von „neuen radikalen Bedürfnissen“ spricht, welche die in den Kampf gegen die repressive Gesellschaftsordnung hineingezogenen Massen entdecken, z. B. den Wunsch, „die Totalität der die Menschen von langer Arbeitszeit, Manipulation und Elend befreienden Produktivkräfte endlich von den Fesseln des Kapitals und der Bürokratie zu befreien“²²⁾.

Die These von der Entfaltung neuer Bedürfnisse, die, einmal entwickelt, den Transformationsprozeß vorantreiben, ist allerdings mit einem Dilemma verbunden: nämlich mit der Frage, wie die von der herrschenden Gesellschaftsstruktur präformierte, entfremdete Psyche der Individuen, die ja *die* Bedürfnisse hat, welche die Gesellschaft ihr suggeriert, sich aus dem Bann des bestehenden Systems der Bedürfnisse lösen und neue Bedürfnisse entfalten soll. Es ist dies das Problem Münchhausens, der sich an seinen Haaren selbst aus dem Sumpf zieht. „Ihr Einwand ist“, so meinte Marcuse in einer Diskussion, „daß, um die neuen revolutionären Bedürfnisse zu entwickeln, erst einmal die Mechanismen abgeschafft werden müssen, die die alten Bedürfnisse reproduzieren. Um die Mechanismen abzuschaffen, die die alten Bedürfnisse reproduzieren, muß erst einmal das Bedürfnis da sein, die alten Mechanismen abzuschaffen. Genau das ist der Zirkel, der vorliegt, und ich weiß nicht, wie man aus ihm herauskommt“²³⁾.

²¹⁾ Das Ende der Utopie (vgl. oben Anm. 18), S. 17 f.

²²⁾ Vgl. Rudi Dutschke, in: Rebellion der Studenten (vgl. oben Anm. 13), S. 91.

²³⁾ Das Ende der Utopie (vgl. oben Anm. 18), S. 40 f.

²⁰⁾ André Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt/M. 1967 (= Sammlung „res novae“), S. 17.

Um diesen Zirkel aufzusprengen, wird im antiautoritären Lager bisweilen auf eine Denkfigur zurückgegriffen, die der holländische Rätekommunist Anton Pannekoek und Rosa Luxemburg in der Auseinandersetzung mit dem Immobilismus Karl Kautskys entwickelt hatten: nämlich auf die These, daß sich die neuen Bedürfnisse nicht abstrakt, sondern in der revolutionären Aktion selbst herausbildeten. Der revolutionäre Kampf beginnt spontan, punktuell, aus einem dumpfen Gefühl des Unbehagens an den bestehenden Verhältnissen heraus; hinsichtlich der angestrebten politischen Ziele ist er anfangs oft fast bewußtlos. Doch in der Aktion klärt sich das Bewußtsein hinsichtlich der Ziele mehr und mehr.

Offenbar liegt dieser Gedanke einem anonymen Artikel in der dem Dutschke-Flügel nahestehenden Oberbaumpresse zugrunde. Dort heißt es: „Jede Bewegung gegen das Bestehende trifft sofort auf die Schranken des Systems. Eine geschichtlich neue Form der Spontaneität wird sichtbar. Sie zu organisieren, ihr endlich klar zu sagen, wie ein Leben jenseits der entmenschlichenden Apparate möglich ist, ist die Aufgabe, die noch am allerwenigsten theoretisch und praktisch in Angriff genommen wurde. So *erscheint* unser Protest dem oberflächlichen Betrachter oft als Selbstzweck; er sieht nicht die tiefen Wünsche, Bedürfnisse, Sehnsüchte und Interessen der an den Aktionen beteiligten Menschen, die mit einem Leben in Isoliertheit und Einsamkeit nicht mehr einverstanden sind, ihr immer konkreter werdendes Unbehagen gegen das System wenden. Durch provokative und demonstrative Aktionen, besser durch Offensivaktionen mit Rückzugsmöglichkeit aktualisieren wir die Widersprüche, vergrößern das antiautoritäre Lager, schaffen die Voraussetzungen für eine ‚zukünftige‘ aktuell-revolutionäre Situation.“²⁴⁾

Das Prinzip der „Bewußtseinsbildung durch revolutionäre Praxis“ (Bahman Nirumand) wird auch in der Anfangsphase der künftigen sozialistischen oder „freien“ Gesellschaft fortgelten:

²⁴⁾ Vgl. Oberbaum Blatt Nr. 3 v. 23. 6. 1967.

„Ebenso ist die Revolution die unerläßliche Voraussetzung, um jenen Prozeß der Bewußtseinsbildung zu Ende zu führen, ohne den reale Demokratie nicht vorstellbar ist. In den hochindustrialisierten Gesellschaften wird er begünstigt durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf der Grundlage der Automatisierung der Produktion. Der Entfesselung der Produktivkräfte muß die durch sie ermöglichte ‚Entfesselung des Bewußtseins‘ folgen; der Aufhebung der Klassen muß die Aufhebung der Klassen der Bewußtheit folgen; der permanenten Revolution der Gesellschaft muß die permanente Revolution des Bewußtseins entsprechen. Das Ziel dieser Emanzipation kann nicht sein, daß jeder einzelne die kompliziertesten technischen Vorgänge begreift . . . , sondern daß er lernt . . . , die Bedeutung der neuen gegenüber der alten Gesellschaft . . . zu begreifen, und die Nachwirkungen der alten Gesellschaft zu überwinden. Es ist nicht notwendig, daß er technische Einzelheiten versteht, aber die Funktion jeder Einzelheit innerhalb der Totalität der Gesellschaft muß ihm bekannt sein.“²⁵⁾

Im Grunde kann eine derartige Gesellschaft, deren transparente Struktur der Herrschaft von Menschen über Menschen keinen Raum mehr lassen soll, nicht mehr mit dem Begriff der Demokratie im heutigen Verständnis erfaßt werden: Eine solche Gesellschaft wäre, verglichen mit den bestehenden Formen von Demokratie, selbst wenn es gelänge, diese institutionell und hinsichtlich des praktizierten politischen Stils zu verbessern, ein *aliud*. Dieser gesellschaftliche Zustand, über dessen institutionelle Verfaßtheit sich nichts konkret Bestimmtes aussagen läßt, wird immer noch am besten von den alten Marxschen und Engelsschen Formeln getroffen: „An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen“ (Engels); „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Asso-

²⁵⁾ Bahman Nirumand und Eckhard Siepmann, Die Zukunft der Revolution, in: Kursbuch 14 (1968), S. 71–99), S. 89.

ziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (Kommunistisches Manifest)²⁶⁾.

Die Verschwommenheit dieser Formeln hat nicht verhindern können, daß, seitdem sie von

Marx und Engels niedergeschrieben wurden, sich in jeder Generation Menschen fanden, die sie zu ihrem politischen Leitbild nahmen; ein Zeichen, daß sie fortdauernde Bedürfnisse der Menschen zum Ausdruck bringen.

Einige Gesichtspunkte zur Kritik und Antikritik

Es ist keine Frage, daß das Demokratieverständnis der Neuen Linken — oder besser: deren Vorstellungen von einer „freien Gesellschaft“ — kritischen common-sense-Argumenten wenig Handfestes entgegensetzen kann. Doch selbst der, welcher an der Vagheit der Formeln, welche jenen Zustand umschreiben, Anstoß nimmt und die parlamentarische Demokratie in ihrer jetzigen Form für das optimale Prinzip der politischen Gestaltung einer Gesellschaft hält, hat heute allen Grund, sich mit den Thesen der Linken von der „Involution“ (Agnoli) der bürgerlichen Demokratien auseinanderzusetzen: den Thesen also, daß auf Grund der Reproduktionsbedingungen des modernen kapitalistischen Systems der politische Spielraum des Parlaments, der demokratischen Repräsentanz des Volkes, immer schmaler wird, daß die wahren Machthaber und Gestalter des politischen Lebens die Bürokratien aller Art sind und daß der Parlamentarismus heute dazu dient, einem de facto oligarchischen System den Schein demokratischer Legitimation zu verleihen. Besteht auch nur der Verdacht, daß hieran etwas richtig sein könnte, so müßten diese Thesen zu den Schwerpunkten politikwissenschaftlicher Untersuchungen gehören. Sollte der neue demokratietheoretische Realismus sich dem Phänomen der „Involution“ gegenüber problemblind erweisen, so könnte er der Gefahr, zur Ideologie einer heraufziehenden autoritären Leistungsgesellschaft zu werden, kaum entgehen.

Häufig wird der Totalitarismusverdacht gegen die Neue Linke mit deren Rätegedanken begründet. Räte als Organe direkter Selbstregierung seien prinzipiell funktionsunfähig; „die Hoffnung, daß Räte das Ende der Bürokratie sowie die Aufhebung oder zumindest weitgehende Reduzierung von Herrschaft bedeuten würden, hat sich empirisch nicht bestätigt und ist theoretisch widerlegbar“ (Gerhard A. Ritter). Auch im Räte-System reproduzierten sich zwangsläufig eine Expertokratie und eine neue politische Klasse; zudem entstehe die Gefahr eines „politisch-gesellschaftlichen Konformismus“, der die Minderheiten unterdrücke und rechtlich ungeschützt lasse. So werde im Namen einer glücklicheren Zukunft die Tür zur Barbarei, zur Diktatur und zur Unterdrückung der Menschen der Gegenwart weit aufgerissen²⁷⁾.

Die Linke hat Anlaß genug, solche auf historischen Erfahrungen beruhende Einwände ernst zu nehmen und sie einer genauen Prüfung zu unterziehen. Doch über das Problem der Emanzipation und Selbstbestimmung durch Räte befindet letztlich nicht der Kampf der Ideen und Modelle, sondern der reale historische Prozeß. Akzeptiert die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin den bestehenden Parlamentarismus als ihr politisches System, so haben alle Rätevorstellungen keine Chance. Erweist sich jedoch der von der Neuen Linken diskutierte Rätegedanke als virulent, sollte er wider Erwarten die Arbeiterschaft und die Intelligenz erfassen, so wird das an den Verhältnis-

²⁶⁾ Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), Berlin 1948, S. 348. — Kommunistisches Manifest, in: Marx-Engels-Studienausgabe (vgl. oben Anm. 14), Band 3, S. 59—87 (S. 77).

²⁷⁾ Gerhard A. Ritter, Warum Räte-Systeme nicht funktionieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15. 10. 1968, S. 11 f.

sen des status quo orientierte Verdikt der Funktionsunfähigkeit den Versuch einer gesellschaftlichen Neugestaltung nicht präjudizieren können. So wenig wie die Neue Linke ein unmittelbar einleuchtendes Modell einer funktionierenden Räteverfassung entwerfen kann, so wenig kann graue Theorie beweisen, daß sich unmöglich ein funktionstüchtiges, substantielle Demokratie weithin realisierendes System herausbilden könne, das auf Räten beruht und vielleicht mit parlamentarischen Repräsentationsorganen kombiniert ist.

Die gegenwärtige politische Ordnung entlastet den Bürger vom Zwang politischen Denkens und Handelns. Solange er seiner privaten Arbeit und seinen Vergnügungen nachgeht, besorgen die Politiker seines Vertrauens die politischen Geschäfte für ihn: Zur Zeit der Wahl mag er, obwohl nur unzureichend mit Kriterien ausgerüstet, die diese als rational auswiesen, sein Urteil über die Qualität der betriebenen Politik und ihrer Agenten sprechen. Dieses politische System hat in der Bundesrepublik Wohlstand und (mehr oder weniger) zufriedene Bürger hervorgebracht; insofern ist es vom Erfolg legitimiert. Nur ein Narr, könnte man daraus schließen, kann dieses ökonomische und soziale Erfolge erzielende System ändern wollen. Doch in Reflexionen dieser Art muß die Frage nach den Stabilitätsbedingungen dieses Systems fallen. Dessen Stabilität beruht (selbstverständlich neben anderen, auch außenpolitischen Faktoren) vor allem auf dem wirtschaftlichen Erfolg. Was aber geschieht, wenn sich dieser nicht beliebig verlängern läßt, wie verhält sich der primär unpolitische Bürger in der ökonomischen und politischen Krise? Damit ist die Frage nach der politischen Verfassung wieder gestellt. Der Bürger, der gewohnt ist, am politischen Prozeß seines Gemeinwesens effektiv teilzuhaben, wird möglicherweise eine politische Krise weniger als irrationales Schicksal empfinden und entsprechend weniger irrational darauf reagieren. Hält man es für wahrscheinlich, daß der emanzipierte, am politischen Prozeß partizipierende Bürger sich autoritären oder faschisti-

schen Tendenzen entgegenstemmen würde, so kann man nicht apriori Organisationsweisen, etwa räteartige Gebilde, die diese Partizipation institutionalisieren könnten, verwerfen, weil sie ins bestehende Verfassungsgefüge nicht passen.

Eine andere Erwägung zum Rätegedanken, die die amerikanische Soziologin Hannah Arendt vorgetragen hat, betrifft das Gebiet der politischen Moral, nämlich die alte Frage der klassischen Politik, ob eine gut und richtig verfaßte Gesellschaft nicht den an der Politik seines Gemeinwesens teilhabenden Bürger voraussetze. Hannah Arendt erinnert daran, daß alle demokratischen Umwälzungen von der amerikanischen Revolution bis zum ungarischen Aufstand von 1956 spontan räteartige Gebilde hervorgebracht haben, welche an die Erkenntnis der klassischen griechischen Politik gemahnten, „daß keiner ‚glücklich‘ genannt werden kann, der nicht an öffentlichen Angelegenheiten teilnimmt, daß niemand frei ist, der nicht aus Erfahrung weiß, was öffentliche Freiheit ist, und daß niemand frei oder glücklich ist, der keine Macht hat, nämlich keinen Anteil an öffentlicher Macht.“ Die modernen Parteiensysteme hätten das alte Verhältnis zwischen einer regierenden Elite und dem Volk aufrechterhalten — in der Idee der Räte jedoch sei die „wahrhaft revolutionäre Hoffnung der europäischen Völker der Erde auf eine neue Staatsform, die es jedem inmitten der Massengesellschaften doch erlauben könnte, an den öffentlichen Angelegenheiten der Zeit teilzunehmen“, aufbewahrt²⁸⁾. Man mag Hannah Arendt, die nicht im Verdacht steht, der Neuen Linken anzugehören, vorwerfen, sie teile mit dieser denselben irrationalen Utopismus. Immerhin zeigt die Konvergenz der Gedanken der eher konservativen Soziologin mit denen der Neuen Linken an, wie kurz die Rede vom totalitären Inhalt der Räteidee greift.

Der Utopismus des Demokratieverständnisses der Neuen Linken gilt dem gängigen common-

²⁸⁾ Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München 1963, S. 326 f., S. 341.

sense-Verstand als schlagendes Gegenargument. Demgegenüber muß einmal daran erinnert werden, daß zwischen der Aussagekraft der Behauptungen „Herrschaft wird es immer geben“ und „herrschaftslose Gesellschaften können verwirklicht werden“, kaum Unterschiede bestehen: Es handelt sich in beiden Fällen um unbeweisbare Aussagen, wenngleich die historische Erfahrung den ersten Satz als den plausibleren erscheinen läßt. Auch setzt der Hinweis auf die bisherige Persistenz von Herrschaft die Gültigkeit der Forderung, daß eine herrschaftsfreie Gesellschaft, welche maximale Selbstbestimmung der Individuen zuläßt, anzustreben sei, nicht außer Kraft. Selbst wer die Ansicht vertritt, daß demokratische Zustände schon dann vorliegen, wenn die Wähler Personen ihres Vertrauens in politische Ämter berufen, jedoch wegen ihrer grundsätzlichen Uninformiertheit keine Entscheidun-

gen über gesellschaftspolitische Alternativen treffen können — Selbstbestimmung im materialen Sinn also unmöglich ist —, wird dem Satz „Herrschaft soll selbst dort sein, wo sie gefahrlos abgebaut werden könnte“, nicht zustimmen. Zum demokratischen Denken scheint notwendig die Idee zu gehören, daß Herrschaft überall, wo dies gefahrlos geschehen kann, zu minimieren sei: Damit ist zugleich gesagt, daß der Spielraum für eigenverantwortliche Selbstbestimmung maximiert werden soll.

Zwar haben Ideen wie Emanzipation und Selbstbestimmung in der heutigen politischen Wissenschaft nur geringen Kurswert: Doch seitdem sie von den Denkern des sich emanzipierenden Bürgertums formuliert worden sind, sind sie aus dem Gedächtnis der Menschheit nicht mehr geschwunden. Auch heute noch ergreifen sie bisweilen die Massen und werden so zur materiellen Gewalt.

Unsere Demokratie ist leistungs- und reformfähig

Eine Erwiderung auf den Beitrag von Walter Euchner: „Zum Demokratieverständnis der Neuen Linken“

Unsere moderne Gesellschaft, gekennzeichnet durch einen wahren Sturmangriff der Wissenschaft zu immer neuen, gestern noch unfaßbar anmutenden Zielen und einer damit zusammenhängenden technologischen Dynamik, steht möglicherweise vor der erstaunlichsten Mutation menschlichen Wesens und menschlichen Lebens, die sich jemals vollzogen hat, seit Geschichte überliefert wird. So verfrüht es ist, dieses Phänomen im Bausch und Bogen als „Fortschritt“ zu bezeichnen, so eindeutig steht fest, daß uns eine Aufgabe so umfassender, tiefgreifender und vor allem schneller Anpassung aufgegeben worden ist, daß vor ihr ebenfalls alle Vergleiche verblassen. Die Rationalisierung der Wirtschaft wird dem Menschen in naher Zukunft durch die zeitlich immer stärkere Einschränkung gesellschaftlich notwendiger Arbeit und der damit verbundenen Abhängigkeiten grundsätzlich beispiellose Chancen für die Entfaltung seiner eigenen Persönlichkeit eröffnen. Bereits seit langem hat unsere Wißbegier den Erdball und sein Gravitationsfeld verlassen, um im Kosmos neue Beobachtungen und Erkenntnisse zu sammeln; diesen Erdball selbst in seiner Gesamtheit zu überqueren und sich die nötige Kenntnis von dem anzueignen, was wir in naiver Selbstüberschätzung der einzigen von Menschen belebten Sphäre „Welt“ nennen, bereitet längst keine Schwierigkeiten mehr. Die Errungenschaften der Medizin haben ihrerseits entscheidend zu jener einleitend erwähnten Mutation beigetragen, in dem sie die durchschnittliche Lebenserwartung in erstaunlich kurzer Zeit um rund das Doppelte verlängerten und sicher auch bei diesem Ziel nicht stehen bleiben dürften. Eine Fülle lästiger, zeitraubender, meist notgedrungen schmutziger und infolgedessen als bedrück-

kend, wenn nicht entwürdigend empfundener Verrichtungen hat uns die Technik abgenommen und erspart uns insofern weitere Zeit. Unversehens eröffnet sich einem seit Jahrtausenden durch ein unentrinnbar anmutendes Schicksal von Armut, Hunger, Krankheit und Mühsal geprägten Geschlecht eine Perspektive des Überflusses; als selbstverständlich hingegenommene Zwänge von einst unterliegen mehr und mehr der freien Entscheidung oder gar der Willkür. Fiele diese reiche Auswahl noch vor kurzem ungeahnter materieller und psychologischer Möglichkeiten mit dem zusammen, was sich objektiv einigermaßen zulänglich als Glück definieren läßt, stünden wir tatsächlich auf der Schwelle des irdischen Paradieses.

Unsere tägliche Anschauung belehrt uns darüber, daß dem nicht so ist. Die Menschen, die das Überangebot individueller Güter dazu ausnutzen könnten, auch ihre sozialen Beziehungen unbefangener, vernünftiger, toleranter, kurz, um diese problematische Vokabel einmal bewußt zu verwenden, „fortschrittlicher“ zu gestalten, neigen dazu, das genaue Gegenteil davon zu tun. Die besorgte Frage, die von nachdenklichen Kulturkritikern schon zu Beginn der ersten industriellen Revolution aufgeworfen und inzwischen vielstimmig wiederholt wurde, hat vielleicht erstmalig eine so bestürzende, so absolut handgreifliche Aktualität gewonnen: Halten unsere Ratio sowohl wie unser ethisches Vermögen einigermaßen Schritt mit den stürmischen Umwälzungen in Natur, Technik und Wirtschaft, die doch schließlich auch das überlieferte gesellschaftliche Gefüge nicht unversehrt lassen können? Behalten wir die notwendige Zeit, um den

alles überwaltenden Prozeß der permanenten Erweiterung unserer Erkenntnisse sozusagen aufzuhalten, um die bisher fehlende geistige und moralische Anpassung nachzuvollziehen? Daß wir dazu bei noch so gutem Willen weitgehend unfähig sind oder es doch wenigstens zu sein scheinen, begründet wohl am ehesten das weitverbreitete gesellschaftliche Unbehagen, die Enttäuschung über die mangelhafte Funktionsfähigkeit vorgefundener Strukturen und die Sehnsucht nach einer vollständigen Umgestaltung, die sich entweder zu der Forderung nach radikalen Reformen oder zu dem Schrei nach Revolution verdichtet. Ausweichen können wir dieser Schicksalsfrage nicht, wenigstens nicht mehr: Dazu ist die Diskrepanz zwischen erreichbaren Chancen und mangelnder Gestaltungsfähigkeit oder, anders ausgedrückt, die Unfähigkeit zu fugenloser Anpassung an die neuen Realitäten zu groß geworden. Die damit verbundenen Phänomene lassen sich auch kaum isolieren, abgrenzen und auf bestimmte Kontinente oder Nationen beschränken. Bei aller notwendigen Differenzierung stehen die universalen Momente beherrschend im Vordergrund, die sich auch nur dann einigermaßen richtig beurteilen und einschätzen lassen, wenn man keine spezielle, sondern eine weitgehend allgemeine Motivation vermutet.

Indessen ist es verständlich und legitim, gesellschaftskritische Untersuchungen bei dem Bekannten, Naheliegenden, im eigenen Bereich und in der vertrauten Umwelt zu beginnen. Engt man beispielsweise die globale gesellschaftliche Unruhe auf eine Untersuchung des Demokratieverständnisses ein, so wäre es in der Tat absurd, damit etwa im kommunistischen Machtbereich oder in den Entwicklungsländern zu beginnen, weil hier wie dort demokratische Traditionen im westlichen Sinne entweder überhaupt nicht oder doch so gut wie gar nicht existieren. Über die Zukunft der Demokratie wird zweifellos dort entschieden werden, wo sie am längsten Wurzeln geschlagen hat und wo ihre Spielregeln mit hinlänglicher Glaubwürdigkeit praktiziert werden.

Vielleicht sollte man um des initialen Einverständnisses willen besser formulieren „*praktiziert wurden*“: denn die eigentliche Beschwerde all jener Gruppierungen, die sich selbst als Linke oder Neue Linke bezeichnen, gegen die existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse und politische Herrschaftsformen besteht ja gerade darin, daß die Demokratie im Gegensatz zu ihrer früheren Funktionsfähigkeit zu einer entleerten Form geworden sei, mit ihren Apparaturen autoritäre oder gar „*faschistische*“ Ansprüche nur aufs notdürftigste tarne und, selbst Gegenstand zahlreicher Manipulationen, dem schnöden Spiel der Manipulation an sich überall Tür und Tor öffne.

Was soll geschehen, um die Demokratie heutzutage nicht allein in ihrer Praxis wieder glaubwürdig zu machen, sondern vor allem in ihre eigentlichen ideologischen Würden einzusetzen, die ihr tatsächlich schon so bald nach ihrer prinzipiellen Verkündung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts abhanden kamen? Hier scheiden sich, wie Dr. Walter Euchner in seinem Beitrag „*Zum Demokratieverständnis der Neuen Linken*“ recht überzeugend anschaulich macht, auch im Lager der harten Kritiker der bestehenden Verhältnisse die Geister. Die eine Richtung, von Euchner als „*rechter Flügel der heutigen Linken*“ definiert, hält die vererbten Strukturen der Parteien, Verbände und vor allem des parlamentarischen Systems noch für reformfähig, wenn diese Reform nur radikal und unzweideutig genug durchgeführt wird. Die extreme Richtung bezeichnet das alles als Versuche am völlig untauglichen oder untauglich gewordenen Objekt, vertritt entschieden die Auffassung des Mephisto, wonach praktisch alles, was bestehe, wert sei, zugrunde zu gehen, und läßt sich allenfalls herbei, die ihr vorschwebende Alternative unter Rückgriff auf die Vorstellungen Rousseaus, die dürftigen Andeutungen des klassischen Marxismus über politische Herrschafts- und Verwaltungsformen, nicht zuletzt unter Berufung auf das historische Beispiel der Pariser Kommune von 1871, als Rätedemokratie zu präzisieren.

Nun ist Euchner selbst mit dem Prinzip revolutionärer Gewaltanwendung und totaler Transformation der Gesellschaft offenkundig nicht einverstanden. Mit Recht weist er in seiner Betrachtung mehrfach auf die definitivische Schwäche der extremen Linken hin, die schon begrifflich Sozialismus, Demokratie, freie Gesellschaft, anti-autoritäre Zielsetzungen usw. oft recht unbekümmert durcheinander wirft und die Umwelt noch dazu im Zweifel darüber läßt, welche institutionellen Formen der zur Emanzipation von allen Abhängigkeiten und Vorurteilen fähige, sein Schicksal selbst bestimmende Mensch der Zukunft suchen und verwirklichen soll. Euchner rügt die „vage und euphorische“ Art, mit der die Theoretiker der Neuen Linken nicht allein

die Gestalt der ihnen vorschwebenden freien Assoziationen, sondern auch ihre Absichten hinsichtlich des Weges beschreiben, der zu solchen Assoziationen führen könnte. Er beklagt, wiederum durchaus zutreffend, die Unzulänglichkeit, ja die „Verschwommenheit“ der Formeln, die man bei Marx und Engels selbst über diesen Gegenstand antrifft. Er meint schließlich, die Linke habe allen Grund, die Einwände derer ernst zu nehmen, die sich auf historische Erfahrungen stützen und zu der Überzeugung gelangen, die völlige Nivellierung der traditionellen demokratischen Strukturen, anders ausgedrückt, die radikale „Demokratisierung“ aller politischen und gesellschaftlichen Prozesse beschwöre unweigerlich die Gefahr eines neuen Totalitarismus heraus.

Das Grundgesetz und seine Möglichkeiten

Der Nachdruck, mit dem sich Euchner auf Wolfgang Abendroth und einige seiner repräsentativen Äußerungen beruft, läßt die Vermutung zu, daß er selbst mit seinem ideologischen Standort in dessen geistiger Nachbarschaft angesiedelt ist. Ein Staat kann demnach nur dann als demokratisch bezeichnet werden, wenn er danach trachtet, die Identität von Regierenden und Regierten herzustellen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland habe zwar „das spätkapitalistische Wirtschaftssystem“ mit seinen sozialen Widersprüchen und politischen Gefahren, aber gleichzeitig die Chance garantiert, dieses System durch Mehrheitsentscheidung in eine sozialistische Ordnung zu verwandeln. Sehr charakteristisch für den guten Willen, aber auch für die verblüffende Einäugigkeit, wie sie derartigen, am Beispiel Abendroths zitierten Erwägungen zugrunde liegen, ist ein von Euchner wörtlich wiedergegebener Satz: „Als politisch muß dabei jede Willensbildung gelten, die sich auf die Tätigkeit der öffentlichen Gewalt bezieht, sei sie nach innen, auf ihr Verhältnis zu den ihr Unterworfenen, sei sie nach außen, auf ihr Verhältnis zu anderen Staaten, gerichtet, oder die

die Verfassung der Gesellschaft sei es verändern, sei es durch Machtmißbrauch stabilisieren will.“ Man beachte vor allem den Schluß dieses Satzes mit seiner falschen, weil unvollständigen Alternative! Es kann schließlich kein Zufall sein, daß von der Möglichkeit eines Machtmißbrauchs nur im Zusammenhang mit einer Stabilisierung der Verfassung, der bestehenden Verhältnisse gesprochen wird. Eine Veränderung der Verfassung jedoch scheint eo ipso keinem Machtmißbrauch zugänglich, also in der Denkweise Abendroths und vermutlich auch Euchners in jeder Beziehung und unter allen nur denkbaren Voraussetzungen immer „fortschrittsgemäß“ und insofern einwandfrei legitim zu sein. Wie geflissentlich werden dabei erschütternde und peinliche Erfahrungen gerade der deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts übersehen! Die hundertprozentige Ablehnung aller Elemente des Stabilisierenden, Beharrenden, des Geschichtsbeußten, kurz des Konservativen, das man automatisch und ausschließlich des Machtmißbrauchs verdächtigt, ist ein typisches Merkmal aller heutigen linken Gruppierungen, das die Gemäßigten mit den Extremen gemeinsam ha-

ben. Käme diese Denkrichtung so lapidar zum Zuge, wie sie sich das selbst erträumt, würde die Zukunft der Menschheit — dieses sei hier schon im Voraus bemerkt — weder so unbeschwert und problemlos noch so rational und überzeugend aussehen, wie es die Verheißungen der „besseren und schöneren Welt von morgen“ glauben machen wollen.

Wenn auch Euchner solchen Verheißungen mißtraut und den eigenen Standpunkt von ihnen abzugrenzen sucht, zeigt er sich doch andererseits immer wieder unwillkürlich von ihnen fasziniert. So verteidigt er die anti-autoritären Theoretiker ausdrücklich gegen den Vorwurf unscharfen Denkens und unzureichender Definitionen. Nach seiner Auffassung könnten Versuche, definitorisch zu bestimmen, was Selbstbestimmung oder Emanzipation bedeuteten, über Tautologien kaum hinausführen. So wenig wie die Neue Linke ein unmittelbar einleuchtendes Modell einer funktionierenden Räteverfassung entwerfen könne, so wenig könne graue Theorie beweisen, daß sich unmöglich ein funktionstüchtiges, substantielle Demokratie weithin realisierendes System herausbilden könne, das auf Räten beruhe und vielleicht mit parlamentarischen Repräsentationsorganen kombiniert sei. In enger geistiger Tuchfühlung mit anderen Verfassern der Linken macht auch Euchner einen deutlichen, qualitativ betonten Unterschied zwischen einer bloß „operationellen“ und einer „transitiven“ Demokratie, wobei er nicht verhehlt, wie stark er selbst der weitestmöglichen Verwirklichung eben jener von Rousseau und dessen unmittelbaren geistigen Nachfolgern geforderten transitiven Demokratie zuneigt. Der Abschluß seiner Betrachtung, die hier zum besseren Verständnis noch einmal wörtlich wiedergegeben sei, macht seine Position hinreichend deutlich: *„Zum demokratischen Denken scheint notwendig die Idee zu gehören, daß Herrschaft überall, wo dies gefahrlos geschehen kann, zu minimisieren sei; damit ist zugleich gesagt, daß der Spielraum für eigenverantwortliche Selbstbestimmung maximiert werden soll. Zwar haben Ideen wie Emanzipation und*

Selbstbestimmung in der heutigen politischen Wissenschaft nur geringen Kurswert: doch seitdem sie von den Denkern des sich emanzipierenden Bürgertums formuliert worden sind, sind sie aus dem Gedächtnis der Menschheit nicht mehr geschwunden. Auch heute noch ergreifen sie bisweilen die Massen und werden so zur materiellen Gewalt.“

Lassen wir das Finale des abgewandelten Marx-Zitats einstweilen auf sich beruhen! Bisher gibt es wenige Anhaltspunkte dafür, daß die von der Neuen Linken vertretenen und von Euchner in einer wohlwollend kritischen Distanz interpretierten Forderungen die Massen wirklich ergreifen und zur materiellen Gewalt werden könnten. Materielle Gewalt, wie sie heute im Bereich der westlichen Industriegesellschaft, sei es gegen Sachen, sei es gegen Personen, konsequent und provokativ ausgeübt wird, ist noch immer einer vergleichsweise winzigen Minderheit anheimgegeben, die sich hauptsächlich aus studierenden Jugendlichen rekrutiert und allenfalls als handfeste Form materieller Gegengewalt den Schlagstock der Polizei auf den Plan ruft. Von dem einen wie dem anderen Phänomen bleibt die Masse in einem erstaunlichen, um nicht zu sagen, erschreckenden Maße unberührt. Indessen vermag niemand vorauszusagen, wie schnell sich dieser Zustand ändern wird, sei es — was als wahrscheinlich unterstellt werden darf — durch eine weitere mehr schleichende und unauffällige Erosion der Gesetzlichkeit, sei es, was keineswegs auszuschließen ist, durch eine plötzliche Explosion oder, schlimmer noch, Gegenexplosion unterschwellig angestauter Affekte. Analysiert man die Lage *rebus sic stantibus* und geht man dabei von der unserer Betrachtung am zugänglichsten erscheinenden deutschen Wirklichkeit aus, kristallisieren sich nur zwei Erscheinungen mit annähernder empirischer Sicherheit heraus. Auf der einen Seite verbuchen die zu terroristischen Aktionen und Provokationen geneigten Minderheiten immer eindeutigeren Erfolge. Es erübrigt sich in diesem Zusammenhang näher zu beschreiben, wieviele unserer wissenschaftlichen und Fach-

hochschulen seit Jahr und Tag in ihrem Forschungs- und Lehrbetrieb mehr oder minder lahmgelegt sind oder planmäßig lahmgelegt werden. Mittlerweile ist durch lautstarke Zwischenfälle aller Art auch die Grenze dessen längst überschritten, was die Bundesrepublik als demokratischer Staat und offene Gesellschaft nach außen an Unruhe vertreten und rechtfertigen kann. Die Tumulte, die sich unlängst bei der Eröffnung der Kieler Woche ab-

spielten, oder das Niederschreien des israelischen Botschafters, der sich sowohl in Frankfurt wie in Hamburg harten Diskussionen stellen wollte, dem aber eine geistige Auseinandersetzung in zivilisierten Formen planmäßig unmöglich gemacht wurde, sind Symptome dafür, daß das vielberufene „*Establishment*“ der Bundesrepublik solche Ausschreitungen entweder objektiv nicht mehr verhindern kann oder subjektiv nicht mehr verhindern will.

Sogkraft der Extreme — Unsicherheit der Verantwortlichen

Mit der Behauptung, daß das zweite wahrscheinlicher ist, kommen wir zur anderen Seite des derzeitig Feststellbaren. Die anti-autoritären Bestrebungen eines Teils der akademischen Jugend, die Auflehnung gegen das Herkommen, gegen als hierarchisch empfundene Strukturen, gegen eine Politik, die in ihrem praktischen Vollzug oft genug die Kunst des *Möglichen* mit der Kunst des *Mogelns* verwechselt, sich solches aber leider meist nur im stillen Kämmerlein eingesteht, sind vielleicht in ihrer Heftigkeit und Aggressivität ungewöhnlich, von ihrer Motivation her jedoch sowohl erklärbar als auch historisch vergleichbar. Ein sehr viel merkwürdigeres und beunruhigenderes Phänomen spiegelt sich in der Haltung der öffentlich Verantwortlichen wider. Um von den Opponierenden wenigstens noch für einigermaßen fortschrittlich gehalten zu werden, versetzen sich die Gesetzgeber, die Regierenden und die Publizisten mehrheitlich selbst kräftige Fußtritte, verkleinern oder, wenn das neuerdings besser klingt, „*minimieren*“ mit einer befremdenden Untergangseligkeit die eigenen individuellen wie kollektiven Leistungen und lassen es in der Regel völlig an jenem gesunden Selbstbewußtsein fehlen, wie es ihre Gegner in ungesundem Maße täglich und stündlich zur Schau tragen, ohne ihrerseits mit nachprüfbaren Leistungen aufzuwarten. Auch das sogenannte *Establishment* stimmt mehr und mehr in den Chor derjenigen ein, die einen annähernd totalen Ab-

bau von Traditionen, Autorität und planmäßiger Führung fordern. Hierbei wird nur selten bedacht, wieweit dieses Abbauverlangen legitim ist, wieweit es also in allen konkreten Einzelheiten jener Notwendigkeit der Anpassung an eine spektakuläre Mutation, von der einleitend die Rede war, entspricht und wieweit es andererseits mit gewissen psychologischen Unrealitäten im Widerspruch steht, die nach menschlicher Voraussicht von keiner gesellschaftlichen Umwälzung außer Kraft gesetzt werden dürften.

Gewiß ist Euchner grundsätzlich beizupflichten, wenn er meint, zum demokratischen Denken scheine notwendig die Idee zu gehören, die Herrschaft überall, wo dies gefahrlos geschehen könne, zu minimieren: Ohne unzumutbare Risiken wird aber ein solcher Abbau von Herrschaft nur dort bewerkstelligt werden können, wo Einsicht und die Fähigkeit zu echter „*Eigenverantwortung*“ organisch nachwachsen. Auch für ein Kollektiv gelten *mutatis mutandis* die Gesetzmäßigkeiten der individuellen Entwicklung. Einem mündigen Bürger die Selbstbestimmung vorzuenthalten, wäre barbarische Willkür; wollte man sie einem Kleinkind gewähren, würde aus Vernunft Unsinn und aus Wohltat Plage. Wenn Euchner ferner beklagt, Emanzipation und Selbstbestimmung hätten in der heutigen politischen Wissenschaft nur geringen Kurswert, dann liegt das hauptsächlich daran, daß die derzeiti-

ten Institutionen dieser Wissenschaft in einem geradezu katastrophalen Umfang vor der Aufgabe versagt haben, dem Nachwuchs auf den Universitäten auf eine faire und anständige Weise zu verdeutlichen, wieviel von der maßlos verlästerten praktischen Politik auf dem Wege der Gesetzgebung und durch das Anbieten immer neuer Chancen gerade für die Werte von Emanzipation und Selbstbestimmung getan wird. Richtig ist, daß diese Chancen bisher von der breiten Masse beschämend wenig genutzt werden. Man mag hoffen, und das wird jeder aufrichtige Gesellschaftsreformer tun, daß die Episode des Wohlstands echte und unverzichtbare politische Bedürfnisse und ein damit zusammenhängendes Engagement für die Gestaltung des Gemeinwesens nicht endgültig verschüttet haben möge. Diese Hoffnung und die dauernde, oft unflätige Beschimpfung des typischen Wohlstandsbürgers, dem in der totalitären Epoche unserer Geschichte das Recht auf ein Privatleben immerhin weitgehend verwehrt war, sind sachlich und psychologisch zwei grundverschiedene Dinge.

Inhalte und Techniken der Gesetzgebung, der Regierung und Verwaltung, des industriellen Managements, der Mitbestimmung der Arbeitnehmer, der Vermögensbildung, wahrscheinlich nicht zuletzt der Erziehung und Ausbildung müssen dringend mit der Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung in Übereinstimmung gebracht und insofern, wo immer das möglich erscheint, am Morgen noch stärker orientiert sein als am Heute. Wenn es jemals das Bedürfnis nach zielbewußter und methodischer Planung gegeben hat, dann im Hinblick auf notwendige und teilweise überfällige Reformen. So verkehrt es aber wäre, an solche Reformen ausschließlich mit den Maßstäben überlieferter Erfahrung heranzugehen, die vielfach nicht mehr tauglich, weil nicht mehr erneuerungsfähig sind, so aberwitzig mutet andererseits das Bestreben an, alle Erfahrung schleunigst über Bord zu werfen, weil man sie aus ideologischen Vorurteilen für veraltet, unwirksam und „reaktionär“ hält, weil sie angeblich aus dem trüben Dunkel jener „mensch-

lichen Vorgeschichte“, die vermeintlich bis zum heutigen Tage gedauert hat, stamme.

An der Haltung des Establishments bestätigt sich augenfällig die alte Erkenntnis, daß jahrelang unternommene konzentrische Angriffe, Schmähungen und Verdächtigungen den gewünschten Effekt der „Verunsicherung“ in einem geradezu erstaunlichen Maße haben. Auch der Politiker, der im Hinblick auf die eigene Vergangenheit eine weiße Weste hat, zur Durchführung seiner öffentlichen Aufgaben viele Opfer bringen und auf ein Familienleben in der Regel verzichten muß, fängt an, seinem guten Willen zu mißtrauen. Experten, die seit dem Bestehen der Bundesrepublik und vielleicht gerade in den letzten Jahren den Nachweis für ihre jeweilige Qualifikation in vorbildlicher Weise erbracht haben, sind geneigt, wie hypnotisiert mit dem Kopf zu nicken, wenn man ihnen ihren totalen Mangel an Fähigkeit brutal genug vorhält. Für die unmittelbaren Zukunftsaussichten ist dieser Zustand sehr mißlich. In einem Augenblick, da die Demokratie selbst mehr als je zuvor verteidigt werden müßte, sowohl gegen diejenigen, die ihre überlieferten Strukturen durch eine nivellierende Demokratisierung aushöhlen und ad absurdum führen möchten, wie gegen diejenigen, die von demokratischen Freiheiten ohnedies wenig halten und sie lieber heute als morgen durch autoritäre Systeme mit den althergebrachten Inhalten von Zucht, Ordnung und Gehorsam ablösen wollen, lassen sich die Repräsentanten der Demokratie lieber in uferlose und in der Regel mehr als verschwommene Reformdebatten verwickeln. Daß man über die permanente Reformbedürftigkeit gegebener Institutionen nur unter überzeugten und entschlossenen Demokraten sachlich und fruchtbar diskutieren kann, ist eine Erkenntnis, die unserem öffentlichen Leben immer spürbarer verloren geht. Statt dessen verschwendet man seine Zeit auf Auseinandersetzungen mit denjenigen, die von vorneherein keinen Zweifel darüber lassen, daß sie durch kein Argument zu überzeugen sind, weil sie meinen, alles besser zu wissen.

Das Motiv der Etablierten für solche unerquicklichen und strapazierenden Begegnungen ist freilich in der Mehrzahl der Fälle durchaus ehrenwert. Man glaubt, man könne nur auf diese Weise eine Solidarisierung der größtenteils noch indifferenten oder mindestens noch ruhigen Schichten der jungen Generation mit den ultra-radikalen Aposteln angeblich neuer Heilslehren verhindern und leiste gerade dadurch einen beachtlichen, sogar häufig selbstverleugnerischen Beitrag zur Verteidigung der bedrohten Demokratie. Das Ergebnis solcher Verhaltensweisen wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit genau umgekehrt sein. Wer noch schwankt, wer die eigene Weltanschauung erst formt, wer seine Position im beruflichen und gesellschaftlichen Leben noch nicht bestimmt hat, der wird, vor gewisse Alternativen gestellt, verständlicherweise dazu neigen, sich nach der Seite hin zu orientieren, von der die stärkere Sogkraft ausgeht. In dem einen Lager findet der Schwankende die radikalen Erneuerer, die von subjektiven Gewißheiten durchdrungen sind, die das faszinierende Erlebnis einer völligen revolutionären Umwälzung verheißen, mit Emanzipation von jeder politischen und sozialen Entfremdung, mit der praktischen Identität von Regierenden und Regierten, mit der effektiven Selbstbestimmung jedes einzelnen Bürgers. Daneben leuchtet die Botschaft Herbert Marcuses von einer befriedeten Zukunft auf, von einer Zusammenarbeit zwischen Ost und West — wie diese mit leichter Hand bewerkstelligt werden soll, bleibt in der Marcuseschen Perspektive eine offene Frage —, vom Ziel des Glücks, der Schönheit und der von keinerlei Skrupeln

mehr belasteten Daseinserfüllung. Im anderen Lager trifft der noch Unentschlossene die verlegenen Verteidiger einer in ihren jeweiligen Wirklichkeiten tatsächlich immer sehr angreifbaren und unzureichenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Diese haben keine Verheißungen anzubieten, sondern nur Fragmente, keine definitiven und bleibenden Lösungen, weil sie wissen, daß solche nicht möglich sind, sondern allenfalls ratenweise Verbesserungen des Bestehenden, keine Aggressionen, sondern Entschuldigungen für das ihnen angedichtete eigene Versagen. Hand aufs Herz: mit welchem der beiden Lager soll ein junger Mensch, der der praktischen Erfahrungen notgedrungen ermangelt, die mannigfachen Widersprüche des politischen Lebens dagegen immer kritischer wahrnimmt, aber mit den Älteren deren einmaliges und erschütterndes Freiheitserlebnis nicht teilt, sein Wollen und seine Bestrebungen wirklich solidarisieren, wo ist der stärkere Sog, welcher Richtung kann und darf man eher glauben? Unter den geschilderten und wohl durchaus der Realität entsprechenden psychologischen Voraussetzungen kann die Entscheidung nicht schwer fallen. Die Relation zugunsten der Extremen würde sich vor einem kritischen, aber noch gutwilligen Publikum erst dann umkehren, wenn die Etablierten ihren Stolz und ihre Selbstsicherheit zurückgewinnen und sich zu den demokratischen Realitäten unter Einschluß respektabler eigener Leistungen genauso entschieden bekennen würden wie ihre Widersacher zu luftigen Spekulationen oder gar Utopien.

Einäugige Publizisten

Hinzu kommt ein anderes, sehr typisches Mißverhältnis unserer Epoche, das speziell am Beispiel der Bundesrepublik deutlich wird. Ein künftiger Chronist, der einmal die deutsche Entwicklung in den letzten Jahren beschreiben will, wird bei der Durchsicht zeitgenössischer Quellen, etwa in der Tagespresse und in den

Kommentaren von Rundfunk und Fernsehen, ein überaus verzerrtes Bild serviert bekommen. Die Leistungsbilanz erscheint fast total negativ, die Verantwortlichen nehmen sich durchweg aus wie Ignoranten, Schwachköpfe oder profitsüchtige Volksverführer. Die unvermeidliche Mühsal der meist langatmigen, be-

schwerlichen und ernüchternden demokratischen Prozeduren, ein Thema, mit dem sich offenbar auch die Vermittler der Politischen Wissenschaften an unseren Universitäten nur höchst ungern beschäftigen, wird der breiten Öffentlichkeit von den Massenmedien unserer Zeit ebenfalls kaum noch erklärt. Dafür verwandelt sich die berechtigte kritische Distanz zu bestimmten Gegebenheiten, Maßnahmen und Gesetzesentwürfen aus journalistischer Sicht unvermittelt und unter Reproduktion einer recht verhängnisvollen Symptomatik der Weimarer Republik in eine Diskriminierung des „Systems“ schlechthin, von dessen Unzulänglichkeit sich das eigene Erkenntnisvermögen um so leuchtender abhebt oder doch wenigstens abheben soll.

Ein Schulbeispiel hierfür liefert der bekannte Publizist Helmut Lindemann, der sich kürzlich recht apodiktisch mit unserer „Unfähigkeit zur Reform“ befaßte. Gewiß ist ihm beizupflichten, wenn er ausführt, wir hätten gar nicht mehr die Wahl, uns zwischen Fortschritt und Beharrung zu entscheiden, wenn auch der wertfreiere Begriff „Entwicklung“ hier besser gepaßt hätte als der ausgesprochen wertbetonte und diffuse Erwartungen beschwörende Begriff des „Fortschritts“: „Vielmehr müssen wir entweder den Fortschritt meistern, indem wir uns zu ihm bekennen und ihn in den Griff bekommen — oder wir müssen untergehen.“¹⁾ So weit, so gut, oder — wenn man will — so schlecht. Leider hat sich aber Lindemann bei seiner Betrachtung des Fortschritts ausschließlich darauf beschränkt, sich zu ihm zu bekennen; wie man ihn, durchaus wörtlich gemeint, in den Griff bekommt, ob zu diesem Zweck Selbstbewußtsein, nüchterne Skepsis und womöglich sogar gewisse konservative Tugenden erforderlich sind, hat er seinen Lesern gänzlich vorenthalten. Aus seiner weiteren Beweisführung ist freilich zu entnehmen, daß er von den hier angedeuteten Notwendigkeiten selbst durchaus nicht durchdrungen ist. Wir erkennen viel-

mehr, Lindemann zufolge, die Zusammenhänge nicht, wobei es nach seiner Meinung absurd wäre, die Ursache (oder gar die Schuld) bei der kleinen Minderheit rebellierender Junger zu suchen als vielmehr in der objektiven Unangepaßtheit unserer Ordnungen an die rapide Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Auch hierin könnte man mit dem Verfasser noch bis zu einer bestimmten Grenze einig gehen. Entschiedener Widerspruch muß allerdings laut werden, wenn er fortfährt: „Was hier für die Bundesrepublik Deutschland gesagt wird, gilt auf ähnliche Weise für viele Staaten der kapitalistisch-liberal geprägten westlichen Welt. (Die kommunistischen Staaten Europas einschließlich der Sowjetunion sind, was immer sonst dort Kritik verdient, dank der Oktoberrevolution und ihrer Folgen bei der Überwindung veralteter Strukturen dem Westen ein gutes Stück voraus.“)²⁾ Schade wiederum, daß die „Überwindung veralteter Strukturen“, insbesondere in der Sowjetunion, nicht näher präzisiert wird. Soll hier auf den allmählichen Abbau der nach dem bloßen Volumen orientierten und zentralistisch gelenkten Planwirtschaft zugunsten gewisser Anreiz- und Konkurrenzmomente aus dem sonst doch so reformunfähigen „kapitalistisch-liberalen“ Westen angespielt werden? Oder ist etwa das starre offizielle Festhalten an einer längst durchlöchernten und tausendfach widerlegten Unfehlbarkeitsideologie, das Existenzproblem des Kommunismus überhaupt, ein besonders imponierendes Beispiel für die „Überwindung veralteter Strukturen“? Wie eine Weltmacht, die im vergangenen Jahr durch ihr Vorgehen gegen die Tschechoslowakei ihre Einstellung zu dem doch gewiß nicht veralteten Selbstbestimmungsrecht der Völker charakteristisch genug dokumentierte, im Vergleich zum Westen eine so auffallend positive Zensur verdienen konnte, bleibt vollends unerfindlich.

Im übrigen beschränkt sich Lindemann auf einige westdeutsche Beispiele, um die angebliche Unfähigkeit zur Reform demokratisch

¹⁾ Helmut Lindemann, Die Unfähigkeit zur Reform, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, hrsg. v. Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heft 6, Köln 1969, S. 357.

²⁾ Helmut Lindemann (vgl. Anm. 1), S. 357.

verfaßter und regierter Staaten zu belegen. Er erwähnt hintereinander die Finanzreform, die Parlamentsreform, die Bildungsreform und schließlich die Wirtschafts- und Agrarreform. Zu fast allen diesen wichtigen Komplexen läßt sich ohne Zweifel viel Kritisches sagen, aber eben, wenn man gerecht und sachlich bleiben will, nicht *nur* Kritisches. Bedauerlicherweise vermengt Lindemann in seinem Katalog beharrlich Äpfel mit Birnen, Richtiges mit Falschem. Die konservative Hartnäckigkeit unserer Landwirtschaft muß in der Tat, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, in den unerbittlichen Brennpunkt öffentlicher Kritik gerückt werden, wenn man in der Bundesrepublik und darüber hinaus in Europa überhaupt vorankommen will. Man braucht kein Anhänger der Mitbestimmungskonzeption der Gewerkschaften zu sein, um mit Lindemann zu beklagen, wie wenig, bisher jedenfalls, die Unternehmer bereit sind, unsere Wirtschaftsverfassung für eine echte und vertretbare Demokratisierung zu öffnen. Wer sich mit der schleppenden Bildungsreform auseinandersetzt, sollte allerdings billigerweise nicht unerwähnt lassen, daß die Bundesrepublik zum erstenmal seit Jahrzehnten in diesem Land — von der Initiative einiger Besatzungsmächte unmittelbar nach dem Kriege abgesehen — eine ganze Anzahl von Universitäten und Hochschulen neu gegründet hat. Wer den Bildungsnotstand zur Bildungskatastrophe hinaufdramatisiert, wie Lindemann das tut, dürfte ferner nicht übersehen, daß man weder Bund noch Länder pauschal mit Unterlassungssünden belasten kann, die weit in die Vergangenheit, zum Teil bis ins Kaiserreich, zurückgehen.

Das in der 5. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages verwirklichte Teilstück der Finanzreform muß demjenigen höchst unbefriedigend erscheinen, der von idealen Zielsetzungen ausgeht und nicht in Betracht zieht, daß das jeweils Erreichbare in einem zugegeben verwickelten Verfassungssystem immer nur als Kompromiß das Licht der Welt erblicken

kann: wie denn der traditionelle Nachteil einer stets auf Arrangement und Ausgleich der Interessen bedachten Demokratie eine spektakuläre Politik wirklich großer Schritte nur selten ermöglicht. Wenn man solche Nachteile für unerträglich und unzumutbar hält, dann soll man folgerichtig für eine Abschaffung dieses politischen Systems eintreten, nicht aber anregen, daß es sich durch einen permanenten, fast hysterisch anmutenden Prozeß allmählich selbst zu Tode reformiert. Eine „Mißgeburt“, ein „verstümmeltes Kind der Großen Koalition“ ist die Finanzreform nicht, das letztere um so weniger, wenn man bedenkt, daß die eigentlichen Streitpunkte nicht so sehr zwischen den Koalitionspartnern, sondern zwischen Bund und Ländern ausgetragen wurden. Und wenn Lindemann schließlich auf das Lieblingsthema unserer Zeit, die Parlamentsreform, zu sprechen kommt und alle bisherigen Versuche und teilweisen Realisierungen auf diesem Gebiet als „Mätzchen“ abtut, mit denen „auch wenig informierte Mitbürger nicht mehr hinters Licht“ geführt werden können, dann hätte er wenigstens Andeutungen darüber machen sollen, wie er sich denn eine große und wirksame Parlamentsreform vorstellt. Konkrete Vorschläge hierzu bleiben jedoch ebenso vollständig aus wie zu allen anderen in dem Lindemannschen Aufsatz erwähnten Reformthemen. „Eine echte Parlamentsreform erfordert andere Dimensionen des Denkens und Handelns, aber dazu scheint unsere Gesellschaft nicht fähig zu sein.“³⁾ Das ist alles und damit entschieden zu wenig, ganz gewiß für diejenigen, die vor der Öffentlichkeit gern mit der Miene eines *Praeceptor Germaniae* auftreten. Ein Katalog ähnlicher Argumente und aus zahlreichen illustren Federn ließe sich mühelos aufstellen, aber dies erscheint überflüssig, weil der Lindemannsche Aufsatz so ziemlich alles enthält, was man an der gängigen Berichterstattung über die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik mit ihrer Tendenz zur Eingleisigkeit auszusetzen findet.

³⁾ Helmut Lindemann (vgl. Anm. 1), S. 358.

Auch die Betrachtungen, die Walter Euchner gesellschaftskritisch *„Zum Demokratieverständnis der Neuen Linken“* in die Debatte wirft, sind bei allem Bemühen um Objektivierung der Sachverhalte von einer immanenten Neigung zur Schablonisierung und damit Abwertung des Bestehenden nicht frei. Man muß wohl mindestens unterstellen, daß er mit *„linken Beobachtern“* in der Meinung übereinstimmt, es sei im Bundestag nicht länger möglich, Alternativen der Demokratisierung zu diskutieren und in Anweisungen an die Regierung durchzusetzen. Er bezweifelt in diesem Zusammenhang, daß die heutige SPD — in ausdrücklich erwähntem Gegensatz zu der Partei Schumachers — noch fähig und bereit sei, die bestehende Demokratisierung weiter zu treiben. Aber die Anpassung *„an das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftssystem“* hat nach Euchners Überzeugung auch der SPD die Schwingen gelähmt. Alle von ihr angestrebten Reformen dürften die bestehende Wirtschaftsstruktur nicht in Frage stellen. Vor dem Ziel *„der Erhaltung des Wirtschaftswachstums auf der Basis privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung“* würden andere gesellschaftspolitische Ziele, wie etwa Bildungs-, Verkehrs- und Gesundheitspolitik, zweit- oder dritrangig. Euchner gibt den demokratischen Reformbestrebungen der Sozialdemokraten *„über die Manifestation guter Absichten in den Aktionsprogrammen hinaus“* kaum Chancen, weil *„die vom ökonomischen Sachzwang der profitorientierten Wirtschaft erzwungene Konjunkturpflege die Mittel des disponiblen Sozialprodukts ständig aufzuzehren drohe“*.

Es ist wiederum sehr lehrreich, sich anhand solcher Darlegungen zu vergegenwärtigen, wie sehr bestimmten, aber rational kaum jemals deutlich zu umschreibenden Zukunftserwartungen der Vorzug vor historischen Erfahrungen mit allen daraus resultierenden Vergleichsmöglichkeiten gegeben wird, wenn man mit der unbefriedigenden Gegenwart kritisch rechten will. Eine derartige Stabilität des Wirt-

schaftswachstums und der Vollbeschäftigung — von Euchner etwas ironisierend als *„Konjunkturpflege“* bezeichnet — wie seit Bestehen der Bundesrepublik hat es in Deutschland von der frühkapitalistischen Ära an überhaupt noch nicht gegeben. Hierfür zeichnet nicht zuletzt die verfassungsmäßig garantierte Autonomie der Sozialpartner verantwortlich. Es besteht bisher jedenfalls kein Zweifel an der Annahme, daß auch die Unternehmerseite aus den deprimierenden, wenn auch größtenteils selbstverschuldeten Erfahrungen der Weimarer Republik einiges hinzugelernt hat. Das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder ist ebensowenig zu erklären, wenn man die imponierende Leistung und Bewährung der Gewerkschaften außer Betracht lassen wollte. Als die Weimarer Republik von den ersten Symptomen jener Wirtschaftskrise heimgesucht wurde, die ihr später den Garaus machen sollte, zogen sich die Sozialdemokraten sofort aus der Verantwortung zurück. Als in der Bundesrepublik die Zeichen der Zeit erstmalig auf Sturm standen, bekannten sich dagegen die Söhne und Enkel derer, die im Jahre 1930 in die beliebte Oppositionsrolle auswichen, ihrerseits nach reiflicher Erwägung, aber ohne inneres Schwanken zu der staatspolitischen Notwendigkeit, aus der Opposition heraus in die Verantwortung zu gehen. Ende 1966 kam es der SPD nicht auf die *„Manifestation guter Absichten in den Aktionsprogrammen“*, wohl aber auf ein höchst konkretes Koalitionsprogramm an, von dem wesentliche Teile in überraschend kurzer Frist in die Wirklichkeit umgesetzt wurden. Es mag reizvoller und vor allem populärer sein, die Schattenseiten des heutigen Parlamentsbetriebes kritisch anzuvisieren, als sich mit den ermüdenden Details eines Komplexes näher zu befassen, der von der vor wenigen Jahren noch für utopisch gehaltenen mittelfristigen Finanzplanung bis zum Lohnfortzahlungsgesetz für Arbeiter im Krankheitsfalle reicht. Wer sich aber auf die damit verbundenen Unbequemlichkeiten nicht einlassen will, sollte den demokratischen Parteien und

insbesondere den Sozialdemokraten nicht vorwerfen, sie nähmen in bequemer Anpassung an die schnöde Gegenwart ihre eigentlichen politischen Zielvorstellungen nicht mehr ernst und versuchten nicht, diese im Rahmen des jeweils auf dem Kompromißwege Erreichbaren in Taten zu verwandeln. Gewiß ersetzen seit Goethe die „Teile in der Hand“ nicht das „geistige Band“, aber auch das geistige Band bleibt rein spekulativ, verschoben, hoffnungslos utopisch, wenn man es nicht an der Summe seiner Teile mißt und diesen vorsätzlich oder fahrlässig keine Beachtung schenkt.

Der bereits erwähnten und von Euchner zitierten Auffassung Abendroths, das Grundgesetz garantiere die Chance, durch eine Majoritätsentscheidung der Wähler eine „spätkapitalistische“ Wirtschaftsverfassung in eine sozialistische Ordnung zu verwandeln, wird jeder zustimmen, der davon überzeugt ist, daß in der Bundesrepublik, wie in jedem demokratischen Gemeinwesen, zwar nach wie vor vieles zu erfüllen bleibt, der aber die Augen nicht vor der Tatsache verschließt, daß dieser Staat trotz aller Anfechtungen und trotz seiner abnormen politischen Lage im Hinblick auf die Spaltung der Nation bislang nicht nur seine Krisenfestigkeit, sondern auch entgegen allen anderslautenden Unterstellungen seine Reformfähigkeit durchaus erwiesen hat. Reformfähigkeit wozu? Zur Herbeiführung der von Abendroth angestrebten sozialistischen Ordnung? Gewiß auch das. Aber nun ist endgültig der Augenblick gekommen, in dem wir unser Vokabular durchforsten und unsere Definitionen um der Zukunft willen präzisieren müssen. Einmal wäre davon auszugehen, daß alle möglichen Formen einer sozialistischen Ordnung, soweit man die Grundregeln der parlamentarischen Demokratie bejaht, durch den Willen der Wählermehrheit eingeführt, aber auch wieder aufgehoben werden können. Eine Demokratie darf bekanntlich keine bleibenden oder gar „unveräußerlichen“ Errungenschaften kennen, von der einen wohlthätigen Ausnahme abgesehen, ihre eigenen gesetzgeberischen Inhalte immer wieder abzuändern oder gänzlich in Frage zu stellen, wenn eine legal zustande gekommene Mehrheit das fordert.

Wie aber soll eine sozialistische Ordnung aussehen, wenn der erkennbare Wählerwunsch verlangen sollte, eine solche anzusteuern? Hier gibt uns Euchner keinen direkten Aufschluß, sondern gesteht vielmehr zu, daß er in dieser Beziehung — mit anderen Autoren, die ihrerseits den Sozialismus nur negativ, als das, was er nicht ist, zu definieren vermögen — relativ unsicher und unschlüssig ist. Da aber, wie zahlreichen Veröffentlichungen zu diesem Thema zu entnehmen ist, der sogenannte Spätkapitalismus — unter Außerachtlassung aller Transformationen des kapitalistischen Systems durch Mitbestimmung, Vermögensbildung, Abschaffung der gesellschaftlichen Armut usw. — an der Fortexistenz des Privateigentums an Produktionsmitteln erkannt werden soll, ergäbe sich daraus die logische Schlußfolgerung, daß nur die Vergesellschaftung der Produktionsmittel im klassischen marxistischen Sinne einen wirklichen Sozialismus herbeiführen kann. Träfe dies zu, würden die Entwicklungsbedingungen und ökonomisch-sozialen Voraussetzungen des 19. Jahrhunderts bedenkenlos auf das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts übertragen. Es fragt sich, ob solches zulässig ist und ob man in der gemeinsam zu bewältigenden Zukunft wesentlich weiterkommt, wenn man statt der bleibenden Erkenntnisse ausgerechnet die Irrtümer und Fehlprognosen des Marxismus verewigen will. Karl Marx selbst kam bekanntlich zeitlebens von der Vorstellung nicht los, daß die totale Verelendung des Proletariats bei Reifung des kapitalistischen Systems ein zwangsläufiger Prozeß sei, ja daß die Stunde der von ihm vorausgesagten sozialen Revolution erst dann schlage, wenn, von der verschwindenden Ausnahme einiger Kapitalmagnaten abgesehen, auch ehemalige mittlere und kleine Produzenten auf das Niveau des Proletariats abgesunken seien. Diese Auffassung ließ bereits der junge Marx als Redakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“ durchblicken ⁴⁾.

⁴⁾ Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital, nach dem Separatabdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom Jahre 1849, Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus (Sozialistische Dokumente), Heft 16, Offenbach/M. 1947.

An ihr hielt er in einem Referat ⁵⁾ fest, das er Ende Juni 1865 vor dem Generalrat der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ erstattete. Marx' apokalyptische Vision von den „exproprierten Expropriateurs“ im berühmten 24. Kapitel des 1. Bandes des „Kapital“ weist in die gleiche Richtung ⁶⁾.

Nun hat jedoch die Geschichte der letzten hundert Jahre einen ganz anderen Verlauf genommen, als es Marx vermutete, mindestens was die für unvermeidbar erachtete Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Grundbasis einer sozialistischen Ordnung anbetrifft. Wer daher die weitestgehende Verwirklichung sozialistischer Ideen und Impulse für die Gesellschaft von morgen für unerlässlich hält, sollte sich um neue, wenn auch bescheidenere und vielleicht hausbackenere, jedenfalls der Relativität menschlichen Strebens und Vollbringens besser angepaßte Definitionen bemühen. Dem Verfasser dieses Beitrages fällt hierzu, wie er freimütig einräumt, noch immer nichts geeigneteres ein, als er zum Thema Sozialismus vor elf Jahren in einer politischen Streitschrift formulierte: „Sozialismus ist nicht die Überwindung aller menschlichen Abhängigkeiten und

gesellschaftlichen Widersprüche. Sozialismus ist die Beseitigung solcher Abhängigkeiten und Widersprüche, die mit den begrenzten, aber oft aus Bequemlichkeit unterschätzten Mitteln menschlicher Einsicht abstellbar und durch die unermüdliche Realisierung des menschlichen guten Willens überwindbar sind. . . . Der Sozialismus überfordert sich und wird zum Henker seiner selbst, sobald er sich mit einer unantefchtbaren und absoluten irdischen Vollkommenheit identifiziert. Der Sozialismus kapituliert, sobald er die potentiell unbegrenzte Entwicklungsfähigkeit des menschlichen Geschlechtes leugnet.“ ⁷⁾ Demjenigen, der trotz aller anderslautenden psychologischen und historischen Erfahrungen auch heute noch von vollkommenen und schlechterdings nicht mehr anzweifelbaren Endzuständen gesellschaftlicher Entwicklung ausgeht, wird dieser Versuch einer Definition des Sozialismus als schal und unzureichend, mindestens aber als zu „idealistisch“ erscheinen. Der Verfasser meint dessenungeachtet, daß die richtige, das heißt dynamische Auslegung des soeben Zitierten dem Sozialismus unserer Zeit einen entscheidenden Platz in der großen gesellschaftlichen Reformdebatte einräumen würde.

Transitive und operationelle Demokratie

Was hingegen die Neue Linke unter Demokratie versteht, wie sie die Alternative des operationellen und des transitiven Bereichs auffaßt, ist wesentlich leichter zu verstehen und daher als Forderung entsprechend anschaulicher. Euchner weist sehr zutreffend nach, daß es zwei völlig verschiedene geschichtliche Typen des Demokratieverständnisses gibt. Der eine, transitive, ist erstmalig in dieser Eindeutigkeit von Rousseau in seinem „Contrat so-

cial“ herausgestellt worden. Er beruft sich auf die „volonté générale“, also auf den Volkswillen, der möglichst unmittelbar und mit nur wenig potenten Zwischeninstanzen ausgeübt werden soll. Die Weiterentwicklung der Rousseauschen Ideen führt logisch zur Propagierung eines Rätessystems in Staat und Gesellschaft, das das repräsentative System abzulösen hätte. Nur dann kann es wenigstens theoretisch eine annähernde Identität von Regierenden und Regierten geben, genauer gesagt, die Verwaltenden treten an die Stelle der Regierenden, weil die jederzeitige Ablösbarkeit gewählter Funktionäre kaum zulassen dürfte,

⁵⁾ Karl Marx, Lohn, Preis und Profit. Vortrag gehalten im Generalrat der „Internationale“ am 26. Juni 1865, Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus (vgl. Anm. 4), Heft 17, 1947.

⁶⁾ Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, hrsg. v. Friedrich Engels, Hamburg 1922¹⁰, 1. Band, 24. Kapitel: „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“, S. 728.

⁷⁾ Klaus-Peter Schulz, Opposition als politisches Schicksal?, Köln 1958, S. 151.

daß sich in ihrem Bereich ein echter Spielraum von Regierungsbefugnis im traditionellen Sinne und damit von Autorität entwickelt. So viele Vorbehalte Euchner einem solchen System entgegenbringt, so meint er doch andererseits, wie bereits erwähnt, der Beweis dafür, ein funktionstüchtiges, „substantielle Demokratie weithin realisierendes System“ könne sich auf Rätebasis unmöglich entwickeln, sei nicht anzutreten. Diese Hypothese ist logisch unbestreitbar, psychologisch aber mit Sicherheit falsch. Demokratie auf der Grundlage totaler Demokratisierung aller Lebensbereiche würde auch die totale Anwesenheit aller mündigen Bürger in den vorgesehenen Beschlußgremien der jeweiligen Kommunen erforderlich machen. In diesen Gremien — die APO hat ja gewisse Vorformen entwickelt, die das beweisen — würde unvermeidlich so viel, so anhaltend und so leidenschaftlich diskutiert, daß man darüber den eigentlichen politischen Vollzug, nämlich die Entscheidung und das praktische Handeln, vergäße. Die von solchem Betrieb Enttäuschten würden es sehr bald vorziehen, wieder in die private Sphäre auszuweichen und sich dem Gemeinwesen zu entfremden. Entweder werden sie auf diese Weise von den anwesenden Beschließenden doch wieder majorisiert oder ihrerseits trotz gegenteiliger Absichten zur dauernden Präsenz verpflichtet, womit durch eine sehr breite Hintertür gerade jene Zwänge wieder eingelassen würden, die man doch durch die Vordertür für ewig als menschenunwürdig verbannen wollte. Es läßt sich schwer einsehen, wie ein solches System Freiheit, echte menschliche Freiheit garantieren könnte. Übrigens erweisen sich auch im Falle Rousseaus die Jünger, die Denkmodelle einer vollkommenen Demokratie entwerfen, als viel „vulgärer“ als ihr Vorbild und Meister. Rousseau besaß, wie alle spekulativen Geister, die große Tugend des Genies, sich selbst zu mißtrauen. Anders wäre der Stoßseufzer nicht zu erklären, mit dem er sein Demokratie-Kapitel im „*Contrat social*“ beschließt und in dem er sich Gedanken darüber macht, warum es unzweckmäßig sei, daß die Gesetzgeber ihre Beschlüsse selber ausführten:

„*S'il y avait un peuple de dieux, il se gouvernerait démocratiquement. Un gouvernement si parfait ne convient pas à des hommes.*“⁸⁾

Der andere, operationell-empirische Typ der Demokratie ist überaus unvollkommen, weil die Entscheidungsprozeduren in der Regel langwierig und oft schlicht langweilig sind, relativ unstabil, weil es auf Stimmungen und Vorurteile gewisse Rücksichten zu nehmen gilt, und prinzipiell durchaus unweise, weil die als Instrumentarium erforderlichen Mehrheitsbeschlüsse häufig nicht gerade von höherer Erkenntnis durchwaltet sind; aber er verbürgt allen denen ein Maximum an Freiheit, die sich ihrer wirklich und systematisch bedienen wollen. Die operationell-empirische Demokratie geht ebenfalls vom Prinzip der Volkssouveränität aus, verzichtet aber auf deren unmittelbare Ausübung, schafft eine Reihe auf längere Frist handlungsfähiger Zwischeninstanzen und berücksichtigt vor allem die Notwendigkeit der Gewaltenteilung im staatlichen Leben. Montesquieu, der die Gewaltenteilung als erster theoretisch beschrieb, stützte sich dabei auf Leitmotive, die größtenteils der angelsächsischen Erfahrungspraxis entnommen waren. Diese Form der Demokratie ist zur Herausbildung stabiler Traditionen auf ein unaufhebbares dialektisches Verhältnis von Mißtrauen und Vertrauen angewiesen. Ohne eine derartige fruchtbare Spannung zwischen negativem und positivem Pol ist die Gewaltenteilung als funktionelle Entlastung des einzelnen Bürgers von übermächtigem staatlichen Druck ebenso wenig denkbar wie eine wirksame Garantie individueller und politischer Freiheit über längere Zeiträume hinweg. Das Element des *Mißtrauens* ist unverzichtbar: Es bewahrt stufenweise den für bestimmte Aufgaben gewählten Funktionär vor jener Selbstverliebtheit, die ihn sonst leichtfertig, übermütig oder gar despotisch machen könnte. Die Begrenzung der Legislatur- und Amtsperioden der Demokratie

⁸⁾ J.-J. Rousseau, *Oeuvres Complètes*. Tome III: *Du Contrat Social, ou Principes du Droit Politique*. Livre III, Chap. IV: „*De la démocratie*“, Frankfurt/M. 1855, S. 318.

ist der sichtbarste und legitimste Ausdruck dieses Mißtrauens. Jeder, der Gesetze gibt oder gar als Regierender die Richtlinien der Politik bestimmt, muß und soll in jeder Minute kritisch vor Augen haben, wie unerbittlich die Zeit verrinnt und wie schnell er von seiner Aufgabe wieder abberufen werden kann. Allgemeine Wahlen sind auch heute noch potentielle Weichenstellungen von größter Bedeutung, bei denen das Volk als Souverän sein originäres Recht ausübt. Wer das leugnet, will einfach den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. Eine geringe Wählermajorität in unserem Nachbarlande Frankreich bei einem noch dazu ursprünglich mehr zufällig anmutenden Plebiszit genügte, um eine historische Ära mit all ihrer Problematik zu beenden.

Ebenso ist der Politiker in einer repräsentativen Demokratie jedoch auf ein zwar zeitlich begrenztes, aber vorbehaltloses *Vertrauen* angewiesen, und wenn man dieses Vertrauen seinen Fähigkeiten nicht ohne weiteres entgegenbringt, sollte man doch wenigstens seinem guten Willen einen befristeten Spielraum gestatten. Auch das politische Geschäft bedarf mindestens ebenso sehr wie jedes andere einer Spanne des Anlaufs und der Einarbeitung. Aber selbst wenn diese Spanne verstrichen ist, muß der hauptberufliche Politiker es genauso wie jeder sonstige Bürger als sein Menschenrecht beanspruchen, gute oder schlechte Tage zu haben. Die von den linken Gesellschaftskritikern geforderte ständige Abwählbarkeit der Gewählten wäre insofern nicht nur aus sachlichen Gründen wenig ratsam, sondern auch aus menschlichen überaus ungerecht. Wer befindet schließlich darüber, ob ein Gremium, das zu jeder Stunde Gewählte abberufen kann, zu diesem Zweck auch immer seine Ratio allgegenwärtig hat statt irgendwelcher unklarer oder verdrängter Emotionen.

Kein Einsichtiger leugnet, daß fast alle überlieferten Institutionen der repräsentativen, das heißt parlamentarischen Demokratie mehr oder minder anpassungsbedürftig sind, einige von ihnen sogar in höchstem Maße. Das Gleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive, das

keineswegs, wie manche Kritiker meinen, bereits verlorengegangen ist, wohl aber aus der Balance zu gleiten droht, muß wieder hergestellt, die Informationen über das politische Geschehen müssen in breiteren Strömen fließen und der Öffentlichkeit mit geeigneten Mitteln besser zugänglich gemacht werden. Das Verhältnis von Wähler und Gewähltem bedarf der Intensivierung, wobei auch kritisch zu überprüfen wäre, wieweit die bisherigen, meist anstrengenden und zeitraubenden, aber wenig effektiven Kontaktformen großenteils antiquiert sind. Was man aber auch immer an notwendigen und zweckmäßigen Reformen verwirklichen möchte, es sollte *innerhalb* eines in Jahrhunderten gezogenen und trotz alledem erstaunlich bewährten Rahmens bewerkstelligt werden. Nicht eine Inflation halb durchdachter, hastig vollzogener und infolgedessen wenig ausgereifter Maßnahmen, sondern gründliches Nachdenken über ein neues gesellschaftliches Zusammenleben, das indessen eine *Ordnung* haben muß, öffnet den Weg in eine bessere Zukunft. Für die zwischenmenschlichen Beziehungen ist neben Emanzipation, Selbstbestimmung und freier Entfaltung auch die Autorität nicht allein ein Ausdruck der entbehrlichen Herrschaft über andere, sondern ein höchst natürlicher, unserem Wesen angemessener Wert — und wird es bleiben.

Daß die Freiheit ihre Handlungsfähigkeit nicht verliere und daß ihre Institutionen hierfür immer mit der erforderlichen Autorität ausgestattet bleiben mögen, ja daß sie sich zu ihr bekennen und sie notfalls auch einsetzen, ist der wohl heißeste Wunsch aller derjenigen, die es schon einmal erlebten, daß eine zu wenig selbstbewußte Demokratie in Chaos und Anarchie versank, aus denen schließlich das schlimmste totalitäre System der Menschheitsgeschichte entstand. Die mittleren und älteren Jahrgänge sind in dieser Beziehung, wenn man so will, gewitterfühlig, sie haben die tragische Kontrapunktik der damaligen Zeit gewissermaßen noch im Blut. Der jungen Generation fehlt, wie schon einmal angedeutet, diese Erlebnisdimension vollständig. Die Freiheit, die

sich ihre Väter in einer Stunde kollektiven Versagens entwinden ließen, um sie nun, bewußt oder unbewußt, als ihren höchsten Wert zu bewahren, gilt den Söhnen allenfalls als selbstverständliche, hier und da sogar schon als problematisch empfundene Daseinsbasis, für deren Vorhandensein man nicht dankbar zu sein hat, sondern von der aus es — meist recht unbekümmert — zu operieren gilt, zu immer höheren, immer faszinierenderen Menschheitszielen. Soweit hier lediglich eine Ungeduld sichtbar wird, die auf konkrete Leistungen aus ist und das Vorhandene, wo immer möglich und nötig, verbessern möchte, ist von ihr Gutes, vielleicht sogar Großes zu erwarten. Soweit an der Peripherie aber Arroganz sichtbar geworden ist, die aus der Unfähigkeit eigenen mangelnden Geschichtsbe-

wußtseins stammt und der damit zusammenhängenden Impotenz schöpferischer Phantasie — die allein eine moralische Identifizierung mit allen denen ermöglicht, die von den frühesten Tagen bis zur Hitler-Zeit und in die Gegenwart der Tschechoslowakei hinein für die Freiheit gelitten haben und leiden —, eine Arroganz, die psychologisch unentrinnbar in Intoleranz, ja, in Inhumanität umschlägt, müssen sich die Älteren um ihrer selbst, aber auch um der Heranwachsenden willen entschiedener für eine Sache wehren, die beide Seiten angeht und für beide gleich wichtig ist. Diejenigen, die ihren Vätern oft und gern vorwerfen, diese hätten ein „*utopisches Defizit*“ hinterlassen, sollten stärker als bisher darum bemüht sein, ihr eigenes *ethisches* Defizit zu beseitigen.